

119. FDP-Landesparteitag, 26. November 2023

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39

Antragsteller:

Landesvorstand FDP Hamburg

Drs.: LA2302/01

Ja
Nein
Enthaltungen

Angenommen
Ja
Nein
Überwiesen

Rahmenprogramm für die Bezirkswahlen 2024

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zukunftsweisende Stadtplanung für ein florierendes Hamburg

Bezahlbarer Wohnraum

Eine der Kernaufgaben der Hamburger Bezirke ist die Aufstellung von Bebauungsplänen und die Erteilung von Baugenehmigungen. Die Überregulierung im Baubereich trägt dazu bei, dass der Wohnungsbau in Hamburg dramatisch eingebrochen ist. Die Nachfrage übersteigt das Angebot, was zu stark steigenden Mieten und Frustration bei den Wohnungssuchenden führt. Regulatorische Eingriffe wie eine Mietpreisbremse führen nicht zu mehr Wohnungen, sondern reduzieren die Anreize, neue zu bauen. Bezahlbarer Wohnraum wird in der attraktiven Metropole Hamburg weiter unnötig verknappt durch die Entscheidung des Senats, städtische Grundstücke vorrangig in Erbpacht zu vergeben. Auch durch die verstärkte Nutzung des städtischen Vorkaufsrechts werden dem Markt weitere Flächen entzogen, da sie häufig nicht zum Wohnungsbau verwendet werden.

Derartige Instrumente lehnen wir entschieden ab. Die FDP setzt sich auf allen politischen Ebenen konsequent für bessere Rahmenbedingungen für den Wohnungsbau ein, insbesondere auch für die Nachverdichtung in den Quartieren. Um Dachgeschossausbau und Aufstockung zu erleichtern, brauchen wir eine Vereinfachung der Bauvorschriften.

Die FDP fordert die zügige Bearbeitung von Bauanträgen und andere bürgernahe Dienstleistungen im Bereich des Wohnungsbaus. Erforderlich dafür sind funktionierende Softwarelösungen, ausreichende digitale Kompetenz der Mitarbeiterinnen und

40 Mitarbeiter und angemessene personelle Ausstattung. Dem hartnäckigen Personal-
41 mangel und hohen Krankenstand in den zuständigen Abteilungen kann durch die
42 Einbeziehung von Zeitarbeitskräften und externen Dienstleistern abgeholfen werden,
43 ohne hierbei hoheitliche Funktionen oder den Datenschutz zu tangieren.
44

45 **Ein Lebenswertes Zuhause**

46 Als Liberale wollen wir, dass neue Quartiere ein lebenswertes Zuhause bieten. Das
47 erreichen wir durch eine frühzeitige Planung und Entwicklung der sozialen Infrastruk-
48 tur. Nur wenn Schulen, Kindertagesstätten und Sportangebote ausreichend und woh-
49 nortnah zur Verfügung stehen und ausreichend Grün- und Erholungsflächen berück-
50 sichtigt werden, entstehen Orte, an denen es sich gut leben lässt.

51 Die Freien Demokraten wollen grundsätzlich am Drittmix festhalten, d.h. bei Woh-
52 nungsbauprojekten ab 30 Wohnungen ein Drittel sozialer Wohnungsbau, ein Drittel
53 öffentlich geförderter Mietwohnungsbau und ein Drittel Eigentumswohnungsbau. Er
54 Dies hat sich in Hamburg über viele Jahre bewährt. Abweichungen vom Drittmix
55 darf es nur in begründeten Einzelfällen geben.

56 Wir wollen die Bürgerbeteiligung ins 21. Jahrhundert holen. Wir wollen mit Schulen
57 zusammenarbeiten, digitale Formate der Beteiligung ausbauen, wie z. B. das digitale
58 Partizipationssystem (DIPAS) und die Besetzung und aktuelle Struktur der Quartiers-
59 beiräte überprüfen. So wollen wir auch Menschen erreichen, die sich von herkömmli-
60 chen Beteiligungsformaten nicht angesprochen fühlen.
61

62 **Vorausschauende und zukunftsorientierte Stadtplanung statt Reparatur von** 63 **Fehlplanungen**

64 Für eine kohärente, nachhaltige und gelingende Stadtentwicklung in den Bezirken ist
65 eine langfristige Planung und eine überzeugende Vision der Stadt der Zukunft von
66 entscheidender Bedeutung. Eine integrierte Planung und die Zusammenarbeit mit al-
67 len Beteiligten, einschließlich Behörden, Unternehmen und der Zivilgesellschaft, sind
68 unerlässlich, um unterschiedliche Interessen und Perspektiven einzubeziehen und
69 umfassende Lösungen zu finden. Die Bürgerbeteiligung soll stets integraler Bestand-
70 teil des Planungsprozesses sein, um ihre Bedürfnisse und Anliegen zu berücksichti-
71 gen und eine breite Akzeptanz für die städtebaulichen Entscheidungen zu schaffen.
72 Eine frühzeitige Identifizierung von Herausforderungen ist von großer Bedeutung, um
73 potenzielle Probleme rechtzeitig anzugehen und präventive Maßnahmen zu ergrei-
74 fen. Dabei sind Stadt- und Verkehrsplanung gemeinsam zu betrachten. Eine Aufglie-
75 derung aus parteitaktischen Gründen lehnen wir ab.

76 Es ist wichtig, Mut zu haben, zu experimentieren und aus Fehlern zu lernen. Dies er-
77 fordert die Bereitschaft, innovative Ansätze zu testen und Anpassungen vorzuneh-
78 men, um eine kontinuierliche Verbesserung zu ermöglichen. Hierzu rechnen wir auch
79 die Forderung nach mehr Erhaltens- und Ersatzinvestitionen, deren Wirkung über die
80 Dauer einer Wahlperiode hinausgeht. Nachhaltigkeit und Resilienz sollen in die lang-
81 fristige Planung integriert werden, um eine zukunftsfähige und widerstandsfähige
82 Stadtentwicklung zu gewährleisten. Um eine beschleunigte Bauleitplanung und Ge-
83 nehmigungen zu erreichen, sollten effiziente Verfahren implementiert werden.
84

85 **Städtebauliches Handbuch – Konzepte für das 21. Jahrhundert**

86 Um diese Ziele zu erreichen, fordern wir Freie Demokraten ein Städtebauliches
87 Handbuch, das Rahmenkonzepte und Best-Practice-Ideen aus anderen Städten zur
88 Quartiersentwicklung sowohl für Außenbereiche und Grünflächen enthält. Dieses
89 Handbuch soll regelmäßig erweitert und ergänzt werden und Musterbeispiele für Bür-
90 gerbeteiligung und Werkstätten enthalten, nach dem Beispiel von Amsterdam und

91 Oslo. Zusammen mit einem „Handbuch Straße“ soll es den Leitfaden für das Stadt-
92 bild und die Hamburgische Stadtplanung bilden.

93

94 **Quartiersentwicklung**

95 Der Quartiersgedanke hat in Hamburg eine besondere Tradition. Die FDP unterstützt
96 die Weiterentwicklung Hamburgs zur so genannten „15-Minuten-Stadt“. Alle Bedürf-
97 nisse des Alltags sollen von der eigenen Haustür aus in 15 Minuten auch zu Fuß, mit
98 dem Rad oder öffentlichen Verkehrsmitteln erreicht werden können. So lässt sich die
99 Dichte des Autoverkehrs deutlich verringern und die Lebensqualität in den Quartieren
100 verbessern. Undurchdachte und kurzsichtige Verbote sind jedoch der falsche Weg:
101 Auch wer auf das eigene Auto angewiesen ist, muss sein Ziel im Quartiers erreichen
102 können. Handwerker und Lieferanten, ältere und behinderte Mitbürger, aber auch
103 quartiersfremde Besucher brauchen Straßen und Parkraum, soll das Quartier seine
104 Funktionen als Lebensraum und Wirtschaftsstandort erfüllen und attraktiv bleiben.
105 Deshalb setzen wir uns auch für eine funktionierende Infrastruktur zwischen den
106 Quartieren ein.

107 Hamburg wird in Zukunft weiter wachsen. Daher werden neue Stadtteile und Quar-
108 tiere benötigt. Gänzlich autofreie Quartiere außerhalb der Innenstadt sind unrealis-
109 tisch. Neu geplante Stadtteile bedürfen einer direkten ÖPNV-Anbindung. Moderne
110 Gebäude-strukturen und intelligente Planung sorgen dafür, dass jedes neue Quartier
111 zur 15-Minuten-Stadt werden kann.

112 Innerhalb der Quartiere sind Einrichtungen für den täglichen Bedarf, z. B. Lebensmit-
113 telläden, Drogerien, Apotheken und andere grundlegende Versorgungsinfrastruktur
114 wie Arztpraxen, Kitas und Schulen von besonderer Bedeutung für die Bürger. Hier
115 setzen wir auf eine enge Verzahnung von Kulturangeboten, Gastronomie und Einzel-
116 handel.

117 Darüber hinaus soll die Einrichtung von Community Centern (besser: Bürgerhäuser,
118 Gemeindezentren) in allen Stadtteilen gefördert werden: Treffpunkte, die allen Bür-
119 gern eine Vielzahl von Aktivitäten, Dienstleistungen und Ressourcen, für Bildung und
120 kulturelle Veranstaltungen bieten. Unsere vielfältige Mehrgenerationengesellschaft
121 braucht mehr soziale Begegnung nah am eigenen Wohnort. Die FDP befürwortet
122 Konzepte wie Mehrgenerationenhäuser und Betreutes Wohnen, sie gehören in die
123 Mitte der Quartiere, um gerade älteren und betreuten Personen die Teilnahme am
124 sozialen Leben zu ermöglichen.

125 Die Bauleitplanung der Bezirke sollte die Schaffung energieeffizienter Infrastruktur
126 berücksichtigen (kommunale Wärmeplanung).

127 Energetische Quartiersentwicklung bedeutet für uns Freie Demokraten jedoch auch,
128 dass in der Bauleitplanung Ziele zur energetischen Qualität, insbesondere der Schaf-
129 fung energieeffizienter Infrastruktur, zu einer effizienten Wärmeversorgung („kom-
130 munale Wärmeplanung“) sowie die Entwicklung von Lösungen für den Einsatz erneu-
131 erbarer Energien formuliert und umgesetzt werden.

132

133 **Wohngebäude und Privateigentum**

134 Wir Freien Demokraten unterstützen privates Wohneigentum. Die Bebauung auf ei-
135 genen Grund und Boden muss nach eigenem Wunsch und der maximal örtlich fest-
136 gelegten Geschosshöhe erfolgen können. Wohneigentum ist eine Grundsicherung
137 für das eigene Leben und das Alter. In selbstgenutztem Wohneigentum sollen ge-
138 nehmigungsfrei Mini-Solaranlagen möglich sein. Wer selbsterzeugten Strom dem
139 Netz zur Verfügung stellt und mit intelligenten Speichern zur Netzstabilität beiträgt,
140 soll dafür steuerlich auf den Verkauf des Stroms entlastet werden.

141

142 **Überarbeitung der Bebauungspläne im kommenden Jahrzehnt**

143 Die Freien Demokraten treten für eine Umwandlung der Baustufenpläne in moder-
144 nes, den heutigen Anforderungen entsprechendes Planrecht ein, um damit Potentiale
145 für städtebauliche Entwicklungen im Innenbereich aufzuzeigen und zu erschließen.
146 Dies gilt auch für nicht mehr zeitgemäße Festsetzungen in älteren B-Plänen. Neues
147 Planrecht soll nach Auffassung der FDP eine effizientere Flächennutzung ermögli-
148 chen. Geltende städtebauliche Erhaltenssatzungen stehen oft im Widerspruch zu
149 nachhaltigem, barrierefreien und klimagerechten Bauen. Die FDP fordert, alle beste-
150 henden und zukünftigen Erhaltungsverordnungen auf die Vereinbarkeit mit der Um-
151 welt- und Klimazielen zu überprüfen.

152

153 **Erst die Infrastruktur, dann der Wohnungsbau – Verknüpfung von Stadt- und** 154 **Verkehrsplanung**

155 Für uns Freie Demokraten steht fest: Stadt- und Verkehrsplanung müssen Hand in
156 Hand gehen. Dabei setzen wir darauf, dass die notwendige Infrastruktur vor dem
157 Wohnungsbau fertiggestellt wird, so dass sie bei Einzug der Bewohner nutzbar ist
158 und die bestehende Infrastruktur nicht überlastet. Bei Projekten ab 100 neuen
159 Wohneinheiten fordern wir eine verpflichtende Verkehrsanalyse bei der Genehmi-
160 gung; ab 500 neuen Wohneinheiten ist eine bezirksweite Verkehrsanalyse notwen-
161 dig. Entsprechende Maßnahmen sind vor der Realisierung einzuleiten.

162

163 **Magistralenentwicklung als entscheidender Baustein einer modernen Stadt**

164 Die in Hamburg 2019 zum Kernprojekt ernannte Magistralenentwicklung, die zum
165 Ziel hat, die Lebens- und Aufenthaltsqualitäten an den Magistralen zu verbessern
166 und die Bau- und Nutzungsstrukturen weiterzuentwickeln, unterstützen wir genauso
167 wie die Weiterentwicklung der bestehenden Stadtteile. Dabei ist ein ganzheitliches
168 Mobilitäts-konzept für alle Verkehrsteilnehmer zu berücksichtigen. Die hohe Bedeu-
169 tung von bestehenden Landschaftsachsen und Grünflächen muss in den Entwick-
170 lungsplänen entsprechend berücksichtigt werden. Planung und Umsetzung dieses
171 Kernprojekts sollen zügig erfolgen. Großbaustellen müssen in ein Gesamtkonzept für
172 ganz Hamburg einfließen und in angemessenen Zeiträumen fertiggestellt werden.
173 Dafür muss die Zu-Zimmerarbeit der Bezirksämter mit Stadtplanern und Baukontrol-
174 leuren verbessert und ausgebaut sowie gesamtstädtisch koordiniert werden.

175

176 **Wohnen, Leben und Arbeiten verbinden – kurze Wege in Hamburg**

177 Die FDP ist dafür, Wohnen, Leben und Arbeiten enger zu verknüpfen. Deshalb sind
178 wir Freie Demokraten für eine verstärkte Ausweisung von gemischten Wohngebie-
179 ten. Ein wichtiger Baustein für Dynamik und Freiraum ist auch, dass die Bau- und
180 Entwicklungspläne auf das Maß ihrer baulichen Nutzung hin überprüft und angepasst
181 werden müssen, Baustufenpläne sollten zu B-Plänen umgewandelt werden und die
182 Flächennutzungspläne müssen auf eine bessere Vereinbarkeit von Gewerbe- und
183 Wohngebieten hin überarbeitet und angepasst werden. Das erleichtert und fördert
184 die Ansiedlung von Gewerbe und Unternehmen vor Ort in den Bezirken, schafft Ar-
185beitsplätze, resiliente wirtschaftliche und gesellschaftliche Strukturen und Wohlstand
186 sowie Sicherheit vor Ort für alle.

187

188 **Bezirke zum Vorbild in Fragen des Klimaschutzes machen**

189 Die Bezirke sollen sämtliche Potentiale für PV-Anlagen und Grünflächen an ihren
190 Fassaden sowie auf den Dächern aller öffentlichen Gebäude erfassen. Bis 2029 sol-
191 len in Bezug auf die öffentlichen Gebäude in allen Bezirken mindestens 75 % der
192 PV-Potentiale auf Dächern und an Fassaden genutzt werden müssen. Die Bezirke
193 sollen sich des Weiteren auf Landesebene dafür einsetzen, dass alle CO₂- Aus-
194 gleichsmaßnahmen der Stadt Hamburg kontrolliert und zentral monetarisiert werden.

195 Öffentliche Gebäude haben eine Vorbildfunktion. Deshalb fordern wir für alle öffentli-
196 chen Neubauten den Einsatz modernster Technik und umweltfreundlicher Bauwei-
197 sen. Öffentliche Gebäude müssen auch weiterhin einen repräsentativen Charakter
198 haben und sich dennoch in das Stadtbild einfügen. Bestehende öffentliche Gebäude
199 sollen begrünt werden und auch in der Sanierung diesem Vorbild entsprechen.
200

201 **Housing First**

202 Die Zahl der Wohnungslosen in Hamburg nimmt kontinuierlich zu. „Housing First“ be-
203 zeichnet die unbürokratische Vergabe einer Wohnung an Wohnungslose, um diesen
204 den Weg zurück in ein selbst bestimmtes Leben zu ermöglichen. Die Verringerung
205 der Wohnungslosigkeit in Hamburg hilft den Betroffenen und sorgt für weniger offene
206 Obdachlosigkeit in der Stadt. Das Programm hat in Ländern wie Frankreich und Finn-
207 land zu einer Reduzierung der Wohnungslosigkeit und Einsparung von Sozialleistun-
208 gen geführt. In Hamburg wurden jedoch nur 30 Wohnungen für das Programm aus-
209 geschrieben, lediglich 16 Menschen haben einen Mietvertrag abgeschlossen. Wir for-
210 dern, dass die Bezirke in Zusammenarbeit mit der Stadt die Anzahl der ausgeschrie-
211 benen Wohnungen deutlich erhöhen. Die Teilnehmer des „Housing First“-Programms
212 sollen von Sozialarbeitern und Hilfsangeboten bei der Wiedereingliederung in die Ge-
213 sellschaft unterstützt werden.

214

215 **Sicherheit und Sauberkeit in der Stadt**

216

217 Ein sicherer und sauberer Bezirk zeigt, wieviel Respekt und Aufmerksamkeit ein Be-
218 zirksamt für seine Bürger hat. Denn nur sichere und saubere Bezirke sind für alle le-
219 benswert, wirtschaftlich attraktiv und ohne Einschränkung nutzbar. Wir wissen auch:
220 Verschmutzte und zerbrochene Infrastruktur zieht Kriminalität an und vertreibt Ge-
221 werbe und Arbeitsplätze. Pflichtaufgabe Nummer eins für die Bezirke sind daher ge-
222 pflegte und sichere Wohnumfelder, Gewerbegebiete, Verkehrswege und öffentliche
223 Einrichtungen.
224

225 **Bezirklichen Ordnungsdienst stärken**

226 Die Häufigkeit und Gründlichkeit der Reinigung öffentlicher Wege und Plätze ist drin-
227 gend verbesserungsbedürftig. Schäden an Straßen, Geh- und Radwegen müssen
228 schnell und effektiv behoben werden. Der bezirkliche Ordnungsdienst hat sich in der
229 Vergangenheit in Hamburg bewährt. Seine Abschaffung war ein großer Fehler, wie
230 der Vergleich von Bezirken mit und ohne Ordnungsdienst zeigt. Er muss allerdings
231 auch gut ausgestattet sein, über Kompetenzen verfügen und solide finanziert.
232

233 **Sicherere Bahnhöfe**

234 Der Hauptbahnhof in Hamburg und alle anderen Bahnhöfe in der Stadt und in den
235 Bezirken müssen unbedingt sicherer werden. Prävention und Abschreckung durch
236 Polizei und Sicherheitsdienste müssen darum deutlich verbessert werden. Auch die
237 Sauberkeit beeinflusst stark Lebensqualität und Sicherheitsgefühl in den Bahnhöfen
238 im öffentlichen Nah- und Fernverkehr. Sicherheitskonzepte an U- und S-Bahnhöfen
239 müssen verbessert werden mit dem Ziel der Verbesserung des Schutzes von Frauen
240 und Mädchen.
241

242 **Sichere Straßen, Plätze und Parks**

243 Die FDP will das Gewaltpotenzial auf unseren Straßen und auch in der privaten Um-

244 gebung gezielt verringern und macht sich für eine Strafverschärfung und für den Op-
245 ferschutz stark. Es muss leicht erreichbare Anlaufstellen für Opfer von Gewalt in den
246 Bezirksämtern geben. Die zunehmende Belästigung und Gefährdung durch Raser
247 und Autoposer muss beendet werden. Wir setzen uns für einen verstärkten Einsatz
248 mobiler Geschwindigkeitsüberwachungsanlagen (mGÜA) an den Meldeschwerpunk-
249 ten ein. Die Mittel für die Pflege öffentlicher Parks und Spielplätze sollen erhöht wer-
250 den. Das leistet einen wichtigen Beitrag zum Sicherheitsgefühl und zur Lebensquali-
251 tät.

252 Diese Ziele erfordern ein Programm von Einzelmaßnahmen:

- 253 • Verschmutzungen müssen sofort beseitigt werden. Erforderlich ist die perma-
254 nente Pflege und Reparatur von Wegen, Beleuchtung, Verkehrsinfrastruktur,
255 Straßengrün und Parks. Möglich ist das durch die Neuaufstellung eines be-
256 zirklichen Ordnungsdienstes mit umfassender Verantwortung für alle diese
257 bisher getrennten Aufgaben und mit ausreichenden Kompetenzen und Mitteln.
258 Er soll zentral und aus einer Hand Missstände schnell und ohne Verwaltungsaufwand praktisch beheben, sobald sie auftreten. Der Senat muss die dafür
259 fehlenden Mittel und Kompetenzen zuweisen oder abtreten.
260
- 261 • Der „Melde Michel“ soll auch als App verfügbar gemacht werden. Schäden im
262 Straßenraum sollen so mobil meldbar sein.
- 263 • Die Einrichtung einer durchgehenden Beleuchtung für alle Fuß- und Fahrrad-
264 wege. Bisher ist die Beleuchtung oft nur auf die Straße ausgerichtet.
- 265 • Die bessere Beleuchtung des öffentlichen Umfelds und der Zuwege zu U- und
266 S-Bahnhöfen und Bushaltestellen.
- 267 • Verbesserte Gestaltung von Gefahrenorten und Angsträumen, zuverlässige
268 und zeitnahe Erreichbarkeit der Polizei durch Hilferufe und Push-Meldungen
269 per Mobiltelefon, Beleuchtung von Parkwegen durch naturangepasste Be-
270 leuchtungstechnik, verbesserte Sauberkeit, Beleuchtung, Ordnung und Si-
271 cherheit auf Spielplätzen.
- 272 • Die Aufwertung von unattraktiven, kriminalitätsgefährdeten Orten durch Bau-
273 maßnahmen und mehr öffentliches Grün.
- 274 • Die regelmäßige Präsenz der Polizei an zentralen Orten des Bezirks, an Ge-
275 fahrenorten und im Bereich des öffentlichen Nahverkehrs.
- 276 • Verbesserung der Abfallentsorgung durch häufigere Entsorgung, Vermehrung
277 der Behälter und Ersatz der bisher aufgestellten Container und rosa Säcke
278 durch Unterflurcontainer. Nach Bedarf sollen mobile Abfallbehälter, zum Bei-
279 spiel an der Alster, aufgestellt werden, um dem erhöhten Entsorgungsbedarf
280 gerecht zu werden.
- 281 • Durch mobile Reinigungsteams sollen S- und U-Bahn-Züge gepflegter und
282 ihre Nutzung angenehmer werden. Bei der Fahrzeuginstandhaltung muss be-
283 besonders darauf geachtet werden, dass die Fahrgastinformations- und Komfort-
284 systeme funktionstüchtig sind. Ersatzfahrzeuge sind in ausreichender Zahl
285 vorzuhalten.

286

287 **Eine Stadt für jedes Alter**

288

289 Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, dass Menschen in jedem Alter Anerken-
290 nung in der Gesellschaft finden, aktiv am öffentlichen Leben teilnehmen und ihr Le-
291 ben selbstbewusst und selbstbestimmt gestalten können.

292

293 **Mobilität, Sicherheit und Komfort im Alter ermöglichen**

294 Für das reibungslose Bewältigen des Alltags ist ein altersgerechtes Angebot an Mo-
295 bilität im öffentlichen Raum entscheidend. Barrierefreiheit und Erreichbarkeit im öf-
296 fentlichen Leben sind ein Muss. Wir Freie Demokraten fordern daher:

297 • Vermehrte Einrichtung von Parkplätzen für Menschen mit Beeinträchtigungen
298 sowie der Ausnahme von der Kostenpflicht der Anwohnerparkplätze.

299 • Den Ausbau der Barrierefreiheit im ÖPNV.

300 • Eine beschleunigte Ausstellung von angefragten Schwerbehindertenauswei-
301 sen durch die Behörde für Arbeit, Gesundheit, Soziales, Familie und Integra-
302 tion.

303 • Schaffung zusätzlicher Sitzgelegenheiten mit Schatten im öffentlichen Raum
304 sowie verstärkte Sanierungen unebener Fußwege.

305 • Aufstellung weiterer Wasserspender im öffentlichen Raum, vor allem in Park-
306 anlagen, Einkaufsstraßen, an ÖPNV-Knotenpunkten.

307 • Einrichtung zusätzlicher barrierefreier Toiletten im öffentlichen Raum, vor al-
308 lem auch in Parkanlagen sowie die Förderung des Konzepts der „netten Toi-
309 lette“ in Restaurants.

310 **Gute Kranken-/Pflegeversorgung in jedem Alter sicherstellen**

311 Wer im Alter erkrankt oder hilfsbedürftig wird, muss Unterstützung erhalten, um in
312 Würde altern zu können. Der Pflegekräfte-Notstand in Senioren- und Pflegeheimen
313 stellt bereits heute ein großes Problem in der Betreuung der Bewohner dar.

314 Wir Freien Demokraten wollen eine vollständige Arbeitsfähigkeit der Bezirksamter für
315 eine effizientere Gesundheitsversorgung herstellen. Das beginnt mit der Gewährlei-
316 stung von Schuleingangsuntersuchungen für alle Kinder. Es geht über die Abschaf-
317 fung von Bewohnerparkzonen vor Arztpraxen. Und es geht bis hin zur Dimension von
318 gesundheitsfördernden Lebenswelten durch nachhaltige Stadtentwicklung für alle
319 Menschen, egal in welchem Alter.

320

321 **Aktiv am Leben teilnehmen**

322 Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, dass ältere Menschen mit ihren Interes-
323 sen und Wünschen voll am öffentlichen und gesellschaftlichen Leben teilnehmen
324 können. Älteren Menschen bevorzugen teilweise die Nutzung analoger Angebote.
325 Das muss ihnen auch in Zukunft möglich bleiben. Hinzukommen muss aber die tech-
326 nische Infrastruktur und das Angebot der Hilfestellung für digitale Kommunikations-
327 formen. Wir fordern darum

328 • in den Tagespflegen, Senioren- und Pflegeeinrichtungen und den Angeboten
329 des betreuten Wohnens eine ausreichende Anzahl an Internetzugängen sowie
330 eine flächendeckende WLAN-Ausstattung zur Verfügung stehen.

331 • in Behörden, öffentlichen Einrichtungen, Unternehmen der öffentlichen Infra-
332 struktur und privaten Unternehmen des täglichen Bedarfs wie Banken und
333 Sparkassen analoge Teilnahmemöglichkeiten (z.B. Ticketkauf an Schaltern,
334 physische Anmeldeformulare, Telefonhotlines) verpflichtend anzubieten. Auch

335 sollten die Materialien der Bezirksämter, vor allem Anträge und Formulare, in
336 leichter Sprache und in großer Schrift zur Verfügung stehen.

337 • Die Überarbeitung der Senioren-Webseiten der Bezirksämter, damit sie aktuell
338 gehalten werden, leichter verständlich und populärer aufbereitet sind und konkrete
339 Angebote für Senioren, auch von privaten Anbietern, enthalten.

340 • Die Einrichtung einer Börse für Digitalkurse für Senioren: Die Bezirke sollen in
341 Zusammenarbeit mit Schulen eine Börse aufbauen, die Schüler dazu motiviert,
342 älteren Menschen den Umgang mit den neuen Medien zu erläutern. Dieses Angebot soll durch staatlich geförderte „Digitalbetreuer“ ergänzt werden.
343

344 **Altersgerechtes Wohnen fördern**

345 Auch im Alter soll jeder Bürger eine an seine individuellen Präferenzen angepasste
346 Lebensweise durch verschiedene Formen des Wohnens leben können. Dafür sind
347 geräumige und barrierefreie Wohnungen zu bezahlbaren Mieten anzubieten. Auch
348 führen Wohnquartiere mit altersgemischten Bewohnern zu einer höheren Akzeptanz
349 aller Altersgruppen. Wir Freie Demokraten fördern und unterstützen

350 • die Förderung des Baus von Alten-WGs und Wohn-Pflege-Gemeinschaften
351 durch steuerliche Anreize sowie vermehrte Angebote an Mehrgenerationen-
352 häusern für Jung und Alt.

353 • die Berücksichtigung von Angeboten für alle Altersgruppen bei der Planung
354 von Bezirksflächen, zum Beispiel durch den Bau von Schulen und Kitas in der
355 Nähe von Senioreneinrichtungen.

356 • die Überprüfung der geltenden städtebaulichen Erhaltungsverordnungen, welche die altersgerechte und barrierefreie Umgestaltung von Bestandsbauten teilweise verhindern.
357
358

359 **Barrierefreiheit ganzheitlich bedenken**

360 In Hamburg leben derzeit ca. 251.500 behinderte, darunter ca. 156.600 schwerbehinderte Menschen.
361

362 Um in Hamburg für echte Barrierefreiheit zu sorgen, fordern wir Freien Demokraten
363 ein ganzheitliches Konzept beim Bau neuer Wohngebäude. Oftmals wird die Barrierefreiheit im oder außerhalb des Gebäudes auf dem Gehweg nur unzureichend berücksichtigt.
364
365

366 Ausgänge und Übergänge von Gebäuden sowie an Straßen und Parks müssen barrierefrei sein In öffentlichen Gebäuden müssen die Türen rollstuhlfahrgerecht sein.
367
368

369 **Tag des Ehrenamtes in Hamburg feiern**

370 Viele Hamburger Bürger jeden Alters setzen sich täglich ehrenamtlich für verschiedenste Belange des Lebens in unserer Stadt ein und stärken damit auch den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Um dieses Engagement für die Allgemeinheit zu würdigen, fordern wir Freie Demokraten eine Feier des internationalen Tages des Ehrenamtes am 05. Dezember. Der Erste Bürgermeister der Stadt soll dazu ausgewählte Ehrenamtler ins Rathaus oder ins Gästehaus an der Alster einladen und für ihre Arbeit auszeichnen.
371
372
373
374
375
376
377

378 **Für Bezirke, in denen alle zu Wort kommen**

379 In Zeiten schwindender Akzeptanz für unsere Demokratie ist es umso wichtiger, von klein auf politische Mitbestimmung zu stärken. Wir Freie Demokraten fordern daher
380 die Einführung des Politik-Planspiels “Jugend im Parlament” in allen Bezirken. Nach
381 dem Vorbild des Programms “Jugend entscheidet” der HERTIE-Stiftung sollen dabei
382

383 konkrete Entscheidungen in die Hände der Jugendlichen gegeben werden. So sollen
384 Verständnis und Wertschätzung für Kommunalpolitik entwickelt und Nachwuchs für
385 politische Ämter gesichert werden. Darüber hinaus fordern wir die Einführung einer
386 jährlichen Bürgersprechstunde mit der Bezirksamtsleitung speziell für Kinder und Ju-
387 gendliche.

388

389 **Sport und Bewegung in den Stadtquartieren fördern**

390

391 **Global Active City**

392 Seit 2018 trägt Hamburg den Titel „Global Active City“ und weist sich selbst damit ei-
393 nen hohen Eigenanspruch in Belangen des Sports aus. Wir Freie Demokraten for-
394 dern die konsequente Umsetzung der im Jahr 2022 beschlossenen Hamburger Ac-
395 tive City-Strategie durch konkrete Vorhaben zur Förderung von Sport und Bewegung
396 in allen Stadtquartieren. Nur mit einem herausragenden Angebot für Freizeit- Breiten-
397 und Leistungssport kann die Stadt ihrem selbst gesetzten Anspruch gerecht werden.

398

399 Neben der herausragenden Bedeutung von Sport für die Gesundheit einer zuneh-
400 mend älter werdenden Gesellschaft ist ausreichende Bewegung nicht zuletzt im Ju-
401 gendalter maßgeblich für eine positive körperliche Verfassung sowie für die geistige
402 und motorische Entwicklung. Wir wollen unsere Stadt mit einem auf Kinder und Ju-
403 gendliche zugeschnittenen Konzept daher auch zur Young Active City machen. Dies
404 erfordert niedrigschwellige Bewegungsangebote im Freizeitbereich sowie im organi-
405 sierten Sport, die in allen Bezirken leicht zugänglich sind.

406

407 **ParkSport**

408 Das Konzept von ParkSport als Freiraumgestaltung soll im Rahmen geeigneter städ-
409 tebaulicher Entwicklungsprojekte berücksichtigt werden. Wir setzen uns auch für die
410 Schaffung von Bewegungsinself in bestehenden Parks ein, die inklusive Möglichkei-
411 ten für Sportaktivitäten bieten. Zudem befürworten wir die Einrichtung von "Urban
412 Playgrounds", die bedarfsorientiert und flexibel für Sportangebote zur Verfügung ge-
413 stellt werden können.

414

415 **Zustand der Sportstätten**

416 Um ein qualitativ hochwertiges Sport- und Bewegungsangebot vor Ort zu gewährleis-
417 ten, sind Investitionen in die Modernisierung und ein guter Zustand der Sportstätten
418 unabdingbar. Die nachhaltige Instandhaltung und Pflege der öffentlichen Sportanla-
419 gen ist eine Daueraufgabe des Sportstättenmanagements in den Bezirken, die mit
420 ausreichenden Mitteln verlässlich auszustatten sind.

421

422 **Sport im Quartier**

423 Bei der Planung neuer Stadtviertel und Entwicklung von Quartieren muss der Sport
424 von Anfang an berücksichtigt werden. Das Landessportamt muss dabei seine Rolle
425 als zentrale Instanz der Verwaltung für die Sportentwicklung aktiv wahrnehmen. Zur
426 besseren Vernetzung des Landessportamtes, der Sportverwaltung in den Bezirksäm-
427 tern, Schulen, Kitas und Vereinen setzen wir uns für die Durchführung "Regionaler
428 Sportkonferenzen" ein. Die Sportinfrastruktur muss mit den Standteilen wachsen.
429 Das Verhältnis von Sportflächen zur Einwohnerzahl darf auch bei Nachverdichtung
430 nicht sinken. Für Hamburg als Stadt am Wasser gilt dies insbesondere auch für
431 Schwimmbäder. Kein Kind darf die Grundschule als Nichtschwimmer verlassen. Wir
432 setzen uns daher für eine ausreichende Zahl an Lehrschwimmbecken in Schulnähe

433 ein.

434

435 **Vereinsleben**

436 Vereinseigene Sportanlagen sind Ausdruck einer lebendigen Vereins- und Verbands-
437 landschaft und ein wichtiger Bestandteil des Sportangebots in unserer Stadt. Wir un-
438 terstützen die Bauvorhaben von Sportverbänden und -vereinen finanziell durch Bun-
439 des- und Landesprogramme und wollen weiterhin günstige Sportdarlehen über die
440 städtische Investitions- und Förderbank zur Verfügung stellen. Zudem möchten wir
441 neu gegründete Vereine dabei unterstützen, verlässliche Nutzungszeiten auf Sport-
442 flächen zu erhalten.

443

444 **Qualität und Nutzung der Sportstätten**

445 Hierfür ist nicht nur eine insgesamt größere Sportfläche eine Möglichkeit, sondern
446 auch die intensivere Nutzung der bisher vorhandenen Fläche, z. B. durch Umwand-
447 lung von Naturrasen- und Grandplätze in moderne Kunstrasenplätze, bessere um-
448 weltgerechte Ausleuchtung von Sportplätzen bei Dunkelheit und bei Bedarf Lärm-
449 schutzanlagen. Um die verfügbare Netto-Nutzungszeit in den Hamburger Sportstät-
450 ten insgesamt zu erhöhen, setzen wir uns für eine bessere Koordinierung der
451 Vergabe ein. Wir möchten auch die Ausweitung der Spätnutzungszeiten bis 24:00
452 Uhr in städtischen Sporthallen ermöglichen. Wir werden der Umwandlung von Sport-
453 flächen für den Wohnungsbau nur zustimmen, wenn in erreichbarer Nähe zeitnah Er-
454 satz geschaffen wird.

455

456 **Hamburg als Wettbewerbsstandort**

457 Die Active City Hamburg ist Austragungsort nationaler oder internationaler Wettbe-
458 werbe. Wir Freie Demokraten ermutigen die Bezirke, solche Veranstaltungen kon-
459 struktiv in der Vorbereitung zu begleiten und Wege aufzuzeigen, wie eine Durchfüh-
460 rung ermöglicht werden kann. Dies gilt auch für die Begleitung des vom DOSB einge-
461 leiteten Bewerbungsprozesses für die Ausrichtung Olympischer Sommerspiele in
462 Deutschland in den Jahren 2036 oder 2040.

463

464 **Ehrenamt**

465 Das ehrenamtliche Engagement von Betreuern, Übungsleitern, Organisatoren, Trai-
466 nern und Schiedsrichtern spielt für den Breitensport eine herausragende Rolle. Viele
467 sportbegeisterte Menschen in Hamburg engagieren sich in Vereinen und Clubs mit
468 großem Einsatz, oft generationenübergreifend. Bereits seit längerem ist jedoch ein
469 verstärkter Rückgang im Engagement im Sport zu beobachten.

470 Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, das Ehrenamt im Sport in moderner
471 Form analog zu den etablierten Sportlehreungen auf Bezirksebene zu würdigen so-
472 wie lokal zugeschnittene Förderungen für freiwilliges Engagement zu entwickeln.
473 Sportveranstaltungen in Hamburg gelten als sicher. Das gilt überwiegend auch für
474 den Besuch der Fußballstadien in den unterschiedlichen Ligen. Um Gewalt vorzu-
475 beugen, ziehen wir notwendigen repressiven Maßnahmen die weitere Intensivierung
476 des Dialogs zwischen Vereinen und Verbänden, Fans, Ordnungsdiensten und -be-
477 hörden, Fan- und Sicherheitsbeauftragten, Fanprojekten und der Polizei vor. Die Er-
478 fahrung im Hamburger Sport lehrt: Prävention ist oft wirksamer als Abschreckung
479 und Bestrafung. Wir lehnen eine Beteiligung der Hamburger Sportvereine an den
480 Kosten der Polizeieinsätze aus Gleichheitsgrundsätzen ab. Die Wahrung der Sicher-
481 heit im öffentlichen Raum ist eine originäre Staatsaufgabe, die nicht privatisiert wer-

482 den sollte. In den Stadien haben die Vereine ihr Hausrecht mit hinreichendem Ord-
483 nungsdienst auf eigene Kosten zu wahren. Der Profisport leistet mit seinen Steuern
484 und Abgaben seinen Beitrag, kleinere Vereine wären völlig überfordert.

485

486 **Mobilität ist Freiheit, Infrastruktur ist Wirtschaftskraft**

487

488 Mobilität ist ein zentrales Anliegen aller Bürger und entscheidend für die individuelle
489 Lebensqualität. Nur in einer Stadt, in der die Menschen bestmöglich mobil sein kön-
490 nen, sind Innovationen, Fortschritt und wirtschaftlicher Erfolg möglich, die zu Wohl-
491 stand für jeden einzelnen ihrer Bürger führen können. Verkehrspolitik kann gelingen,
492 wenn sie die Verkehrsteilnehmer miteinander verbindet, statt sie gegeneinander aus-
493 zuspielen. Wir Freie Demokraten Hamburg wollen Mobilität fördern und sie in vielfälti-
494 gen Formen und Kombinationen ermöglichen.

495 Als Freie Demokraten stehen wir für ganzheitliche Verkehrs- und Stadtplanung, die
496 Veränderungen im Umfeld und im Leben der Menschen berücksichtigt. Infrastruktur
497 wird vor dem Bedarf geplant, Wohnungsbau folgt. Freiheit in der Mobilität ist eine
498 grundlegende Voraussetzung für die eigene Entfaltung. Dabei ist die Freiheit zum
499 Schlendern und Verweilen ein integraler Teil einer modernen Stadt. Daher legen die
500 Freien Demokraten ein besonderes Augenmerk auf Fußgänger im urbanen Raum.
501 Verkehrsplanung muss aber auch eine Balance zwischen den Verkehrsteilnehmern
502 schaffen und die berechtigten Interessen aller Bürger widerspiegeln. Alternativen
503 zum Auto wollen wir fördern und leistungsfähiger machen - aber nicht in dem wir die
504 Auto-Infrastruktur gezielt zurückbauen!

505

506 Um dies zu erreichen, setzen wir auf mehrere wichtige Maßnahmen:

507

508 **Aussetzen der Bewohnerparkzonen und Stopp weiterer Verfahren**

509 Im Umfeld wichtiger Einrichtungen, wie Kliniken, Notfallpraxen und Polizeikommissa-
510 riate, muss das Bewohnerparken umgehend ausgesetzt und abgeschafft werden.
511 Aber auch jenseits dieser Gebiete sollen die bestehenden Anwohnerparkzonen in Ih-
512 rer jetzigen Form zeitnah abgeschafft werden. Mitarbeiter und Nutzer müssen Kran-
513 kenhäuser, Polizeikommissariate, lokale Geschäfte und Gastronomie auf effizienten,
514 sicheren und bequemen Wegen erreichen können.

515

516 **Einheitliche und gleichwertige Sondergenehmigungen für parkraumbewirt- 517 schaftete Gebiete**

518 Entscheidungen über Sondergenehmigungen sind transparent und nach einheitli-
519 chen Kriterien über die Bezirke auszuweisen. Die Höhe der Kosten für einen Antrag
520 auf Sondergenehmigung muss bezahlbar gehalten werden und sich z. B. an den Ab-
521 maßten des Fahrzeuges bemessen. Die Kosten für betriebliche Sondergenehmigun-
522 gen sind zurzeit abschreckend hoch und auch bei negativem Bescheid in voller Höhe
523 zu entrichten. Das benachteiligt gerade kleine Betriebe und Einzelunternehmer. Be-
524 triebe ohne die Möglichkeit, auf einen eigenen Tiefgaragen- oder Hof- Stellplatz aus-
525 zuweichen, sollen die Option auf mindestens einen kostenlosen, selbstgenutzten
526 Stellplatz am Betriebsstandort erhalten. Sonst droht eine weitere Abwanderung von
527 Unternehmen aus den zentralen Lagen, die zu mehr Pendlerverkehr führt. Die beste-
528 henden Regelungen machen es für Handwerksbetriebe, Pflegedienstleister und alle
529 aufsuchenden Dienstleister unnötig schwer, in Kundennähe zu parken. Hier muss
530 dringend eine unbürokratische Lösung gefunden werden, die diese Wirtschaftsver-
531 kehre in der Metropolregion von engen und sehr teuren Kurzzeitparkregelungen be-
532 freit. Für Arzt-Besuche reicht die Kurzparkzeit wegen der Wartezeiten oft nicht aus.

533 Hier muss eine Flexibilisierung möglich sein.

534

535 **Bedarfsorientiertes Stellplatzangebot**

536 Kfz-Zulassungszahlen in Hamburg sind weiter auf einem Rekordhoch. Auch in der
537 Stellplatzplanung muss dem Rechnung getragen werden. Grundsätzlich wollen die
538 Freien Demokraten das Querparken in allen Straßen, in denen Tempo 30 gilt, mit
539 Ausnahme wichtiger Radrouten, und in allen Einbahnstraßen erhalten. Eine Umstel-
540 lung auf Längsparken akzeptieren wir nur, wenn der Verkehrsfluss und die Sicherheit
541 deutlich verbessert werden, ohne dass die Zahl der Längsparkplätze unnötig redu-
542 ziert wird. Nur das kann eine gerechte Lösung sein, die alle Verkehrsteilnehmer im
543 Blick behält. Dabei wollen wir auch Parkplätze für Kleinfahrzeuge und Lastenräder
544 kombinieren und ausweiten. Vor Nahversorgungsmärkten fordern wir ebenfalls Lad-
545 eininfrastruktur, um den Einkauf mit dem E-Auto entsprechend zu gestalten.
546 Für Wohnmobile und vergleichbare Großfahrzeuge sollen am Stadtrand entspre-
547 chen-de, mit dem ÖPNV gut erreichbare, Parkmöglichkeiten geschaffen werden.

548

549 **Quartiersgaragen**

550 Zur Erweiterung des Stellplatzangebots und zur Entlastung von Stadtteilen mit sehr
551 hohem Parkdruck sollen gezielt Quartiersgaragen errichtet werden, um Autos zentral
552 abstellen zu können und den Parkdruck im Straßenraum zu reduzieren. Sowohl bei
553 bestehenden als auch bei neu zu schaffenden Parkplätzen müssen Lademöglichkei-
554 ten für Elektroautos berücksichtigt werden, wobei auch unkonventionelle Möglichkei-
555 ten wie Ladesäulen an Straßenlaternen genutzt werden sollen. In diese Quartiersga-
556 ragen sollen auch Abstellmöglichkeiten für eigene Fahrräder, Stadträder und andere
557 Sharing-Dienste integriert werden. Moderne Quartiersgaragen sind auch von außen
558 nicht als solche erkennbar, da sie mit Einzelhandel sowie Wohn- und Büroflächen an
559 der Außenseite oder auf dem Gebäude kombiniert werden können.

560

561 **Alternativen statt Verbote**

562 Wir wollen eine Mobilitätswende, aber mit den Menschen und nicht gegen sie. Dabei
563 setzen wir nicht auf Verbote, sondern auf Anreize und Angebote. Die Rekordzulas-
564 sungszahlen für PKW und die Überlastung des Schienennetzes in Deutschland zei-
565 gen, dass ohne echte Alternativen und den Ausbau der Infrastruktur ein Umstieg auf
566 nachhaltige Mobilität nicht möglich ist.

567

568 **Technologieoffenheit und planerische Sicherheit**

569 Niemand kennt heute alle Lösungen für die Zukunft. Deshalb setzen die Freie Demo-
570 kraten grundsätzlich auf Technologieoffenheit! Das bedeutet, dass wir kein System
571 und keinen Verkehrsträger ausschließen wollen, sondern dass wir pragmatische Lö-
572 sungen für die Probleme im Hier und Jetzt finden wollen.

573

574 **Belastbarer ÖPNV und Schienenverkehr**

575 Leistungsfähiger ÖPNV kann nur mit der Schiene gestaltet werden. Daher fordern wir
576 den Ausbau des Hamburger (Schnell-)Bahnnetzes. Zu beginnen ist mit der unver-
577 züglichen Verlängerung der U4 bis Harburg. In einem ersten Schritt soll sie als Hoch-
578 bahn bis Wilhelmsburg verlängert werden. Die neue Linie U5 ist nur dann wirtschaft-
579 lich, wenn sie in das bestehende Netz der Stadt und ihrer Stadtteile eingebunden
580 wird, was bisher kaum der Fall ist. Auch im Hamburger Westen bedarf es mehr als
581 der U5. Falls sich die notwendige S-Bahnlinie 32 als nicht realisierbar erweist, for-
582 dern wir den Bau eines anderen leistungsfähigen schienengebundenen Systems, wie
583 Light Rail. Eine weitere Busbeschleunigung halten wir für nicht leistungsfähig und
584 lehnen sie auf Grund der bisherigen Erfahrungen ab.

585

586 **Dezentralisierung des Personenverkehrs**

587 Das Schnellbahnnetz in Hamburg ist zu stark zentralisiert. Oft gelangt man in weni-
588 gen Minuten in die Innenstadt, aber nur mit erheblich größerem Zeitaufwand in an-
589 grenzende Stadtteile. Teilweise sind sie wie Sasel und Jenfeld gar nicht an das
590 Schnellbahnnetz angebunden. In Hamburgs neuem Stadtteil Oberbillwerder ist die
591 S-Bahn bereits heute überlastet.

592 Die FDP setzt sich deshalb dafür ein, das zentralisierte System aufzubrechen und
593 Querverbindungen zwischen den bestehenden Linien zu schaffen, z.B. durch Light-
594 Rail-Systeme und U-Bahn-Linien auch außerhalb der Innenstadt. Dazu bedarf es
595 auch Querverbindungen in und um Hamburg jenseits des Rings 2 und jenseits des
596 Bestandes.

597 Als Freie Demokraten setzen wir auf Technologieoffenheit und innovative Lösungen.
598 Dazu fordern wir, bestehende und stillgelegte Strecken mittels Light Rail zu nutzen
599 und neue oberirdische Abschnitte im Speckgürtel und den Außenbezirken zu er-
600 schließen. Diese modernen Systeme kämen langfristig der ganzen Metropolregion
601 zugute und böten eine kostengünstige Alternative an Orten, an denen sich U- und
602 Vollbahnen nicht mehr lohnen und eine Verknüpfung mit dem Bestandsnetz nicht
603 darstellbar oder nicht praktikabel ist. Einzelne und unabhängige Linien können dabei
604 problemlos betrieben werden, ohne an ein Gesamtnetz angebunden zu werden. Das
605 Ergebnis ist die Anbindung ganzer Stadtteile an die bestehende Infrastruktur und die
606 Entlastung des Hauptbahnhofs als Umsteigepunkt. Andere Großstädte praktizieren
607 dies bereits mit Erfolg, so in Paris und Sidney.

608 Bei den Fahrzeugen setzen wir auf moderne Zweisystemfahrzeuge, wie in Karlsruhe
609 und Sydney. Dabei wollen wir auch moderne Technologien wie autonomen Betrieb
610 und oberleitungsfreie Streckenabschnitte sowohl aus optischen als auch Effizienz-
611 gründen realisieren.

612

613 **Ein Netz der Schulwege – Sicherheit für unsere Kinder**

614 Bildung ist ein Grundrecht. Für selbständige Kinder ist individuelle Mobilität eine
615 Grundvoraussetzung. Schulwege entlang Rad- und Fußwegen sollen so gestaltet
616 werden, dass Schüler jeden Alters ihn problemlos und sicher bewältigen können.
617 Das so gestaltete Schulrad- und Fußwegenetz kommt auch anderen Verkehrsteil-
618 nehmern zugute. Dazu fordern wir ein Bündel von Maßnahmen:

619 Vor Schulen sollen nach Möglichkeit extra breite Gehwege angelegt werden, Park-
620 plätze direkt vor den Schuleingängen sollen durch Haltebuchten für Schulbusse und
621 Co. ersetzt werden. Die umliegenden Straßen sollen für Fußgänger, Radfahrer und
622 den ÖPNV besonders sicher gestaltet werden. Dazu gehören nicht nur baulich abge-
623 trennte Radwege, die vor allem jüngere Radfahrer schützen, sondern auch Spiegel,
624 bessere Beleuchtung und die Trennung der Verkehrsmittel vor den Schulen. So kön-
625 nen „Elterntaxis“ so weit wie möglich reduziert werden. Schülern, die darauf angewie-
626 sen sind, soll durch barrierefreie Haltestellen jedoch diese Möglichkeit erhalten wer-
627 den.

628

629 **Neue Kreisverkehre intelligent gestalten**

630 Kreisverkehre mit geschützten Rad- und Fußwegen sind für den Verkehrsfluss eine
631 deutlich bessere, weil auch sicherere Alternative zu Ampelkreuzungen. Einige Kreis-
632 verkehre in Hamburg sind jedoch ohne Radfahrstreifen und mit Hindernissen für
633 LKW und ÖPNV gebaut. Künftig sollen daher neu gebaute Kreisverkehre immer mit
634 Fahr-radschutzstreifen oder noch besser mit geschützten Radwegen auf dem Bür-
635 gersteig gebaut werden. Die Radien sollen so gewählt werden, dass Busse die Kreis-

636 verkehre besser befahren können. Die Begründung der Kreisverkehre ist dabei sicher-
637 zustellen und darf nicht wie bisher vernachlässigt werden. Wir wollen, dass in der
638 Verkehrsplanung verstärkt sogenannte Turbo-Kreisverkehre nach niederländischem
639 Vorbild eingesetzt werden. Diese haben sich im Vergleich zu normalen mehrspurigen
640 Kreisverkehren als sehr effizient, verkehrsflussreich und unfallarm erwiesen.

641

642 **Fußverkehr stärken, Barrierefreiheit erhöhen**

643 Gerade für Senioren und mobilitätseingeschränkte Personen sind Fußwege oft ge-
644 fährlich. Einmündungen sollen daher nicht mehr abgesenkt werden, sodass es für El-
645 tern mit Kinderwägen, Senioren und Rollstuhlfahrer einfacher wird, sie zu überque-
646 ren. Kleinere Einmündungen helfen dabei ebenfalls. Kraftfahrzeuge können diese
647 kleinen Schwellen einfacher überwinden als Fußgänger. So werden Kreuzungen und
648 Einmündungen für alle sicherer. Der Fußverkehr ist bisher ein Stiefkind der Straßen-
649 planung, teilweise wird er sogar anderen Zwecken geopfert. Fußgängerverkehr soll
650 künftig die gleiche Priorität wie andere Verkehrsflächen erhalten.

651

652 **Fahrradparkhäuser nach Vorbild Amsterdams nur an zentralen Knotenpunkten**

653 Wir Freie Demokraten setzen uns für die Einrichtung von Fahrradparkhäusern an
654 zentralen Mobilitätsknotenpunkten ein. Diese erhöhen den Komfort und die Sicher-
655 heit der Mobilität mit dem Fahrrad. Wo nicht anders möglich oder durch die lokalen
656 Gegebenheiten besonders günstig, sollen dabei auch unterirdische Fahrradparkhäu-
657 ser errichtet werden. Allerdings ist hier auf Verhältnismäßigkeit der Kosten zu achten.
658 Zu diesen Orten zählen: Hauptbahnhof, Jungfernstieg, Dammtor, Berliner Tor, Har-
659 burg, Barmbek, Altona, Schlump, Bergedorf, Flughafen und Wandsbek Markt. Die
660 genaue Standortentscheidung ist dabei konsequent unter dem Aspekt der Nutzbar-
661 keit zu treffen. Darüber hinaus muss für adäquate Beschilderung und Zufahrtsmög-
662 lichkeiten aus allen Richtungen gesorgt werden.

663 Weitere Fahrradparkhäuser innerhalb des U3-Rings halten wir nicht für sinnvoll, da
664 bestehende nicht ausreichend genutzt werden und innerstädtische Wege eher gänz-
665 lich mit dem Rad oder ÖPNV zurückgelegt werden. Außerhalb, gerade in suburba-
666 nen Lagen, sind Fahrradparkhäuser jedoch sinnvoll, da sie bei nur niedriger Fre-
667 quenz des ÖPNVs den Anschluss an Bus- und Bahn ermöglichen.

668

669 **Weniger „Schilderwald“ – Mehr intelligente Ampeln**

670 Im dichten Stadtverkehr werden Verkehrsteilnehmer oftmals von einem „Schilderwald
671 erschlagen“. Klarere und einheitlichere Regelungen in ähnlichen Straßen sind sinn-
672 voll. Feste Beschilderung soll immer mehr durch digitale Beschilderung ersetzt wer-
673 den. Auch sollen in Zukunft Beschilderungsinformationen aktuell abrufbar für Karten-
674 daten für Navigationssysteme offen sein. Dabei fordern wir auch elektronische Ver-
675 kehrsbeeinflussungsanlagen an allen Haupt- und Fernstraßen, dynamisches Tempoli-
676 mit und Spurnutzung, Ankündigung und Information bei Verkehrsstörungen, Fahrzei-
677 tenanzeige und Routenoptimierung.

678 Ampeln sollen umfassend bedarfsgesteuert geregelt und mit Countdown-Anzeigen
679 ausgestattet werden. Mehrstufige Schleifen und Radargeräte messen auch die
680 Menge der Kfz, Radfahrer und Fußgänger, um Ampelphasen anzupassen.

681

682 **Bessere Orientierung für Radfahrer und Fußgänger**

683 Als Freie Demokraten stehen wir für eine moderne Beschilderung, online wie offline.
684 Wir fordern daher eine neue, ansprechendere und qualitativ hochwertigere Beschil-
685 derung mit farblich ansprechenden, kontrastreicheren Symbolen, die auch im
686 Schwarz-Weiß-System funktional und damit für Verkehrsteilnehmer besser erkenn-
687 bar sind. Ferner fordern wir mehr Beschilderung auch außerhalb des Stadtzentrums

688 und an wichtigen Kreuzungen und Sehenswürdigkeiten, verbunden mit touristischen
689 Informationen. Wichtig ist auch eine Verbesserung der Abstände und der Beschilderung
690 von Radrouten. In den Boden eingelassene oder an Ampeln angebrachte Weg-
691 weiser sollen integriert werden (siehe Adelaide).

692

693 **Fahrradrouten konsolidieren – Klare Trennung von Verkehrsarten**

694 Der konsequente Ausbau des Radverkehrsnetzes in Hamburg hat für die Freien De-
695 mokraten Priorität. Es geht dabei nicht um die Bevorzugung einzelner Verkehrsmittel,
696 sondern darum, effiziente, angenehme und umweltfreundliche Mobilität für alle zu
697 schaffen. Dies ermöglicht eine konsequente Trennung von Rad- und Autoverkehr
698 nach niederländischem Vorbild und ist für alle Verkehrsteilnehmer sicherer und ange-
699 nehmer. Hier ist die Stadt bisher auf dem falschen Weg. Seit vielen Jahren lassen
700 Fortschritte in der Fläche auf sich warten. Der Senat investiert stattdessen derzeit
701 massiv in Prestigeprojekte und unstrukturierte Straßenumbauten und versenkt dort
702 Geld. Dabei gehen die Bedürfnisse der Quartiere in der Fläche verloren. Viele vor-
703 handene Radwege werden wegen ihres schlechten, teilweise gefährlichen Zustands
704 nicht genutzt, Radfahrer weichen auf die Straße aus. Das führt auch zu Unmut bei
705 Autofahrern. Deshalb wollen wir, dass die finanziellen Mittel zunächst auf die Sanie-
706 rung des Bestandes konzentriert werden. Wir sind aber nicht der Meinung, dass es
707 viele Parallelrouten braucht, sondern gut ausgebaute und angenehme Radrouten.
708 Radfahrer sollen nicht dicht gedrängt auf Hauptverkehrsstraßen mit dem Autoverkehr
709 um Platz kämpfen, sondern auf Nebenstraßen, wie an der Alster geführt werden.

710

711 **Nachhaltige individuelle Mobilität ermöglichen - Wasserstoff- und Ladeinfra- 712 struktur ausbauen**

713 Die Mobilitätswende gelingt nur, wenn die dafür erforderliche Infrastruktur zügig aus-
714 gebaut wird. Für Elektro- oder Wasserstoffautos braucht Hamburg ein größeres La-
715 denetz an Parkplätzen, insbesondere an Park+Ride-Plätzen. Tankstellen in Hamburg
716 sollen wasserstofftauglich sein.

717

718 **Verbindungsbahntlastungstunnel**

719 Die Freien Demokraten setzen sich für den Bau des Verbindungsbahn-Entlastungs-
720 tunnels ein. Für Hamburg wäre der Bau einer der Nordvarianten am besten. Die vor-
721 handenen Haltepunkte sollen für den SPNV nutzbar gemacht und die alten Bahn-
722 steige an der Sternschanze und der Holstenstraße wieder aufgebaut und moderni-
723 siert werden. Der Schlump wird ein wichtiger Umsteigeknoten für Eimsbüttel und ent-
724 lastet damit den Hauptbahnhof und den Bf. Altona

725

726 **Moderne Alsterfähren in der HVZ im Pendelverkehr in den HVV integrieren**

727 Zur Entlastung der Ost-West-Verbindungen in Hamburg fordern die Freien Demokra-
728 ten einen 10-Minuten-Takt im Pendelverkehr in der Hauptverkehrszeit zwischen
729 Fährdamm und Mühlenkamp. Zur besseren Verzahnung soll der 15er Bus nach Mög-
730 lichkeit bis zum Fährdamm verlängert werden.

731

732 **Ansagen und Anzeigen in allen Verkehrsmitteln**

733 Verspätungen gehören im Hamburger ÖPNV leider zum Alltag. Verspätungsinforma-
734 tionen und Stationsansagen müssen künftig auch alle Menschen mit Einschränkungen
735 erreichen. Für Gehörlose sollen sie deshalb auch auf den Bildschirmen in Bah-
736 nen und Stationen zu sehen sein, sowie als Ansagen für Menschen mit Sehein-
737 schränkung.

738

739 **Überregionaler und Fernverkehr in Hamburgs Osten**

740 Die Freien Demokraten setzen sich mit Abschluss der durch die FDP im Bund durch-
741 gesetzten Grundsanierung für eine bessere Anbindung Bergedorfs an den Fernver-
742 kehr der DB ein. Dies ist vor allem relevant zur Entlastung des Hauptbahnhofs. Dabei
743 sollen vor allem IC- und EC-Züge dort halten. ICEs sollen, um schnelle Fahrtzeiten
744 zu halten, nur in Tagesrandlage dort halten. Insgesamt fordern wir einen RegionalEx-
745 press Hamburg-Berlin. Durch die S4 darf die Anbindung Wandsbeks an schnelle Re-
746 gionalExpresse nicht verschlechtert werden!

747

748 **E-Scooter als attraktives Verkehrsangebot**

749 Wir Freie Demokraten Hamburg stehen für eine vielfältige, innovative und individuelle
750 Mobilität, die alle Verkehrsträger miteinschließt. Dazu gehören auch ausleihbare E-
751 Scooter. Sie sind Teil der „Shared Mobility“ und überbrücken umweltschonend die
752 "letzte Meile" etwa zwischen Haltestelle und Haustür. Damit es zu weniger Hindernis-
753 sen durch stellenweise falsch abgestellte E-Scooter kommt, befürworten wir an ge-
754 eigneten Brennpunkten (z.B. Kieze, Bahnhöfe usw.) die Einrichtung spezieller Stell-
755 plätze, markiert durch die Anbieter mittels geo fencing. Das Blockieren von Gehwe-
756 gen ist heute schon verboten und muss noch konsequenter geahndet werden. Eine
757 allgemeine „Parkplatzpflicht“ lehnen wir aber ab, weil E-Scooter dann nicht mehr ih-
758 ren Zweck erfüllen können. Wir begrüßen, dass Anbieter an technischen Lösungen
759 zur Erkennung von Scootern auch für Menschen mit Einschränkungen arbeiten.
760 Langfristig muss hier auch ein rechtlicher Rahmen geschaffen werden.

761

762 **Wirtschafts-, Innovations- und Mittelstands-Metropole Hamburg**

763

764 Die FDP Hamburg ist sich bewusst, dass alle staatlichen Tätigkeiten und Leistungen
765 aus Steuermitteln bezahlt werden, die zuvor von den Menschen im Land erwirtschaf-
766 tet werden müssen. Der Erhalt der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit Hamburgs hat
767 deshalb für uns oberste Priorität. Hamburg ist eine Metropole der wirtschaftlichen
768 Stabilität, des nachhaltigen Wachstums, der Wissenschaft und Forschung und der
769 hohen Lebensqualität für alle Menschen in allen Bezirken. Die Politik für Hamburg
770 und die Bezirke muss dem Ziel verpflichtet sein, die Interessen derjenigen, die hier
771 leben und arbeiten sowie derjenigen, die hier leben wollen, in Einklang zu bringen
772 und allen die Chancen für die Verwirklichung ihrer Ziele zu geben. Zu diesen Zielen
773 gehört es, dass wir Wohlstand und Nachhaltigkeit als zwei Dimensionen eines ge-
774 meinsamen Strebens für unsere Zukunft verstehen. Denn hierin liegen großartige
775 Möglichkeiten zu neuem nachhaltigen Wachstum und Wohlstand, zu Innovation und
776 für neue Arbeitsplätzen vor Ort.

777

778 **Belastungsmoratorium für Unternehmen und Betriebe**

779 Wir Liberale sehen in der Gestaltung der Digitalisierung und des technologischen
780 Fortschritts große Chancen für Wohlstand, Wachstum, und Entfaltungsmöglichkeiten
781 für alle Menschen in unserer Stadt. Das betrifft nicht nur große Unternehmen und
782 Konzerne, es betrifft auch die Kleinen und mittelständischen Unternehmen und Be-
783 trieb in den Bezirken, genauso wie das Handwerk, den Einzelhandel und die Dienst-
784 leistung und Gastronomie. Dabei besteht die Herausforderung unserer Generation
785 darin, diese Möglichkeiten mit dem Ziel der Nachhaltigkeit in einer wachsenden Stadt
786 in Einklang zu bringen. Der Schlüssel dazu liegt unserer Überzeugung nach in Wis-
787 senschaft, Innovation und vor allem im Unternehmertum selbst. Unternehmerinnen
788 und Unternehmer finden neue Lösungen, neue Konzepte, neue Produkte und neue
789 Dienstleistungen für uns alle. Der Staat und die Verwaltung muss dafür die Frei-
790 räume und Möglichkeiten zur Verwirklichung und zur Entfaltung schaffen und darf sie

791 nicht eingrenzen oder gar ausbremsen oder verhindern. So kann Hamburg für Men-
792 schen über alle Einkommensklassen hinweg und in allen Bezirken der Stadt Raum
793 zum Leben und Arbeiten bieten und Chancen für alle eröffnen und garantieren.
794 Wachstum macht es uns überhaupt erst möglich, persönliche und gesellschaftliche
795 genauso wie globale, regionale und lokale Herausforderungen zu bewältigen und un-
796 sere Zukunft zu gestalten. Diese Wahrheit ist uns gerade in den letzten Jahren mit
797 Corona-Pandemie, Energiekrise und verschiedenen Bedrohungen unserer Sicherheit
798 besonders bewusst vor Augen geführt worden. Wer gesellschaftliches und wirtschaft-
799 liches Wachstum hemmt und beschneidet, der hemmt und beschneidet damit stets
800 die persönliche Freiheit von Einzelnen und gefährdet zugleich die gesellschaftliche
801 Stabilität. Dabei ist ein großes Hemmnis die Belastung von Menschen und Unterneh-
802 men mit bürokratischen Auflagen und Vorschriften. Deshalb fordern wir ein konse-
803 quentes Belastungsmoratorium für die Unternehmen in Hamburg auf Melde-, Infor-
804 mations- und Dokumentationspflichten. Unternehmen und Unternehmer/innen haben
805 besseres und sinnvoller zu tun, als sich mit überbordenden Regularien, Vorschrif-
806 ten, Auflagen und Verboten zu befassen. Der Staat und die öffentliche Verwaltung
807 haben grundsätzlich alle Daten und Informationen, die sie für ihre Aufgaben brau-
808 chen. Diese Daten sind nur nicht ausreichend transparent und vernetzt. Es ist aber
809 die Pflicht und Schuldigkeit der öffentlichen Verwaltung, für Transparenz und Vernet-
810 zung zu sorgen. Es ist nicht die Aufgabe von Bürgerinnen und Bürgern oder Unter-
811 nehmen, Daten und Informationen immer wieder neu und doppelt und dreifach für
812 den Staat aufwändig zur Verfügung zu stellen. Deswegen soll es zunächst keine
813 neuen Anforderungen und Auflagen für die Wirtschaft in Hamburg und in den Bezir-
814 ken geben. Die bestehenden Regelwerke müssen darüber hinaus noch auf ihrer
815 Sinnhaftigkeit und Zeitmäßigkeit überprüft und so weit wie möglich ausgedünnt und
816 vereinfacht werden. Das schafft neue Dynamik und Wachstum

817

818 **Der Mittelstand ist der Träger von Wohlstand und Stabilität**

819 Die lokale und regionale Wirtschaft in einer Millionenmetropole, das ist vor allen Din-
820 gen und in erster Linie der Mittelstand. Der Mittelstand, das sind kleine und mittlere
821 Unternehmen vom klassischen Handwerk über den Dienstleistungs- und Produkti-
822 onsbetrieb bis hin zum kleinen Digitalunternehmer. Es sind genauso Unternehmen
823 mit mehreren hundert oder auch einigen tausend Mitarbeitern, Millionen oder Milliar-
824 den Umsätzen und weltweitem Geschäft, die sich aufgrund ihrer Qualität und Innova-
825 tivität am Markt etabliert haben. Sie alle sind das Fundament für wirtschaftliche und
826 soziale Stabilität und Mobilität in den Bezirken und der ganzen Stadt. Hamburg muss
827 ihnen darum die Infrastruktur im analogen wie im digitalen Bereich garantieren, dass
828 sie ihr Geschäft auf- und ausbauen und entwickeln können. Das gilt auch und gerade
829 für die digitale Kommunikation zwischen Unternehmen und öffentlicher Verwaltung.
830 Wer wirklich die ganze Stadt im Blick haben will, muss den Blick eben auch auf die
831 vielen mittelständischen Betriebe und Unternehmen richten. Die Stadt sieht die mit-
832 telständischen Unternehmen in erster Linie als Steuerzahler und scheint diese Unter-
833 nehmen und alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter als eine Selbstverständlichkeit an-
834 zusehen, die es zu verwalten gilt. Doch Unternehmen können ihren Standort auch
835 verlagern, wenn sie woanders bessere Bedingungen vorfinden. Das sehen wir bei
836 den vielen Umzügen von Unternehmen aus der Stadt und aus den Bezirken ins
837 Hamburger Umland, weil sie dort eine bessere Infrastruktur und niedrigere Steuern
838 und Belastungen zugleich bekommen. Wir sehen es ebenfalls an vielen großen nati-
839 onalen und internationalen Unternehmen, die ihre Zentralen von Hamburg in andere
840 deutsche Städte wie Berlin oder München oder ins europäische Ausland verlagert
841 haben. Diesen Trend müssen und wollen wir umkehren.

842

843 **Ein Herz für das Handwerk**

844 Bei den mittelständischen Unternehmen haben wir Freie Demokraten ein Herz für
845 Handwerker. Es geht uns darum, diese traditionelle und immer wieder moderne Art
846 des Unternehmertums mit dem gebührenden Respekt zu würdigen und die Um-
847 stände zu bieten, die ein florierendes Handwerk braucht. Das Anwohnerparken in
848 seiner aktuellen Form ist eine Gängelei für Handwerker und muss deswegen ver-
849 schwinden. Zu besseren Rahmenbedingungen gehören beispielsweise ebenso Aus-
850 nahmegenehmigung für die Wochenendarbeit im Handwerk. Dazu gehört auch, die
851 Gründung privater Gewerbehöfe im Rahmen von baurechtlichen Genehmigungsver-
852 fahren von Seiten der Verwaltung zu unterstützen. Dazu gehört die Unterstützung
853 der Auszubildenden in Handwerksbetrieben während der Gesellenzeit zum Beispiel
854 über vergünstigte ÖPNV-Tickets (analog zu Studierenden in Hamburg). Genauso wie
855 eine Gleichstellung bei den Studiengebühren von akademischen und gewerblichen
856 Ausbildungen. Es geht ebenso um die Förderung des Images des Handwerks in un-
857 serer Gesellschaft. Das ist keine alleinige Aufgabe der (Bezirks-)Politik – jedoch kann
858 und muss die Politik hier ihren Teil leisten. Dafür setzen wir uns beispielsweise für
859 die Etablierung einer „International Craftsmen Maker Fair“ in Hamburg ein. Eine
860 Messe, auf der sich Handwerker und Unternehmen in Hamburg präsentieren können,
861 um die Vielfältigkeit und Bedeutung des Handwerks in wahrsten Sinne des Wortes
862 herauszustellen und um so viele Menschen für diese Berufe zu begeistern. Um ge-
863 gerade junge Menschen für Handwerksberufe zu gewinnen, soll mindestens ein Messe-
864 Tag speziell für Schülerinnen und Schüler sowie Ausbildungsinteressierte ausgerich-
865 tet werden.

866
867 **Premiumhafen Hamburg**

868 Der Hamburger Hafen und alle damit verbundenen Branchen und Unternehmen sind
869 eine der starken Herzkammern der Hamburger Wirtschaft und Basis für Wohlstand
870 und Sicherheit. Der Hafen ist lebenswichtig für Unternehmen in der ganzen Stadt, in
871 allen Bezirken. Dienstleister, Handwerker, Zulieferer, Spediteure, Transportunterneh-
872 men, Maschinenbauer, Industrieunternehmen, IT-Unternehmen aus allen Bezirken
873 erbringen unterschiedlichste Leistungen für den Hafen und sind zugleich auf einen
874 gut funktionierenden und verlässlichen Hafen für ihre Geschäfte angewiesen. Des-
875 wegen müssen alle Maßnahmen zügig umgesetzt werden, die die Leistungs- und
876 Wettbewerbsfähigkeit des Hamburger Hafens stärken. Wir sehen den Hamburger
877 Hafen künftig als einen „Premiumhafen“. Das bedeutet, dass die Abwicklung hier
878 schnell und direkt erfolgt, dass alle Termine verlässlich eingehalten werden, dass der
879 Hamburger Hafen bei allen Services für seine Kunden Weltspitze ist, dass er ein in-
880 ternationales Vorbild beim Einsatz moderner und digitaler Technologien in der Hafен-
881 wirtschaft und Hafенlogistik wird, dass seine Flexibilität und Kundenorientierung
882 ebenfalls zur besten im globalen Vergleich gehört. Der Hamburger Hafen steht als
883 Binnenhafen an einem Fluss im Wettbewerb um Masse und Mengen mit anderen
884 Tiefwasser-Häfen in Europa. Neben der Quantität ist aber immer auch die Qualität
885 entscheidend. Der Hamburger Hafen kann und muss deshalb die weltbeste Qualität
886 für seine Kunden bieten und sich damit als ein internationaler Knotenpunkt auch für
887 die Zukunft etablieren.

888
889 **Was für den Hafen jetzt zu tun ist**

890 Der Weg dahin beginnt mit dem Erhalt des Zustands nach der letzten Anpassung der
891 Fahrhinne über den Ausbau und die Modernisierung der Infrastruktur bis hin zur Er-
892 schließung neuer Warenströme und Ansiedelung neuer Industrien im Hamburger Ha-
893 fen. Hamburg soll Drehkreuz für die europäische Wasserstoffwirtschaft werden. Hier-
894 für muss der Anschluss an das europäische Wasserstoffnetz zügig erfolgen. Dabei

895 sollte auch eine ortsnahe Abwicklung des wasserseitigen Wasserstoffimports und
896 eine eigene Wasserstoffproduktion angestrebt werden. Zur Modernisierung der Infra-
897 struktur gehört auch, dass wir die Tradition und Praxis von exklusiven Hafenterminals
898 für einzelne Reedereien weiterentwickeln müssen. Es ist nicht sinnvoll, Monopole im
899 Hafen zu etablieren und den Wettbewerb auszuschalten, wenn eine Reederei fak-
900 tisch den Hafen kontrolliert und die Preise diktieren kann. Mit sogenannten „dedita-
901 ted terminals“ können sich verschiedene Reedereien an Terminals beteiligen, ohne
902 Monopole zu bilden. Das fördert den Wettbewerb und sichert gleichzeitig Ladung und
903 Umsatz für den Hamburger Hafen. Wir setzen uns zudem dafür ein, dass das Ree-
904 dereigeschäft und der Hafenbetrieb nicht miteinander vermischt werden. Schiffe und
905 Container sind das eine, Kräne, Bahnen, LKW's und Infrastruktur ist das andere.
906 Wenn es hier unterschiedliche Betreiber gibt, ist das gut für die Preise, die Moderni-
907 sierung und die Attraktivität des Hafens.
908 Der Hamburger Hafen wird nur dann in Zukunft attraktiv bleiben, wenn er technolo-
909 gisch zu den führenden Häfen der Welt zählt und auf seinem Gelände in der Tradi-
910 tion eines Freien Hafens möglichst vielen Akteuren Platz für Handel, Innovation und
911 Wettbewerb bietet. Der Hamburger Hafen sollte darum mit anderen Tiefseehäfen in
912 Norddeutschland kooperieren und symbiotische Verkehrsverbindungen zu diesen
913 schaffen, um seine Zukunft als nordeuropäisches Logistikzentrum zu sichern. Für
914 den Hafen muss gelten, dass bei Investitionen in die Hafeninfrastruktur, aber auch
915 bei Beteiligung an der Suprastruktur, eine besondere Prüfung zu erfolgen hat. Nur so
916 ist es möglich, bei Beteiligungsvorhaben von ausländischen Staatsunternehmen
917 klare Grenzen zu ziehen.

918 919 **Für eine erneuerte Köhlbrandbrücke**

920 Die Freien Demokraten setzen sich für eine schnelle Erneuerung der Köhlbrandbrü-
921 cke ein. Nachdem erneute Baugrunduntersuchungen ergeben haben, dass der ge-
922 plante Tunnel 5 Meter tiefer liegen muss, sind auch erneute Planungen für den Tun-
923 nel und der Zufahrtstrecken für diesen Tunnel erforderlich. Diese Neuplanung wird
924 erneut Zeit verstreichen lassen, die aber wegen der Prognose, dass die derzeitige
925 Brücke nur bis 2030 wirtschaftlich zu betreiben ist, nicht zur Verfügung steht. Der bis
926 jetzt für eine Tunnellösung veranschlagte Kostenrahmen von 5,3 Mrd.€ wird weit
927 überschritten werden. Der Neubau einer Brücke ist kostengünstiger und auch zeitlich
928 schneller umzusetzen. Das Argument für einen Tunnel, die zunehmende Größe der
929 Containerschiffe, sollte nach dem Neubau einer Brücke zukünftig keine Rolle mehr
930 spielen, weil eine weitere Elbvertiefung vermutlich nicht umsetzbar ist und bereits
931 heute, die Containerschiffe, den Hamburger Hafen nur auf dem Scheitelpunkt der
932 Flut erreichen können, nachdem vorher mehrere Tausend Container in anderen Hä-
933 fen entladen wurden. Eine Brücke ist aus praktischen Gründen als vorteilhafte Vari-
934 ante in Bezug auf die Abwicklung von Schwertransporten/Gefahrguttransporten im
935 Hamburger Hafen zu sehen.

936 937 **Digitale und leistungsfähige Verwaltung in allen Bezirken**

938 Eine gut funktionierende Metropole – sowohl auf der Ebene der Stadt, als auch in
939 den Bezirken – ist die Basis für viele andere Versprechen, die Hamburg seinen Bür-
940 gerinnen und Bürgern geben muss. Dieses „Funktionieren“ bezieht sich besonders
941 für alle Bereiche der öffentlichen Verwaltung in den Bezirksämtern. In der konse-
942 quenten Digitalisierung der bezirklichen Verwaltung sehen wir eine gesamtgesell-
943 schaftliche Verantwortung, der Politik immer verpflichtet ist. Die Lebenswirklichkeit
944 der Menschen ist zu größten Teilen digitalisiert, im Beruf wie im privaten Leben. Sind
945 die Bezirke und die Stadt mit ihrer öffentlichen Verwaltung und im Kontakt mit den

946 Bürgerinnen und Bürgern nicht in der Lage, diesen gewohnten Standard auch zu ge-
947 währleisten, so geht das Vertrauen der Menschen in die Leistungsfähigkeit ihres
948 Staatswesens langsam aber sicher verloren. Vor allem gehen damit auch wirtschaftli-
949 che Chancen für die Menschen verloren. Nur eine öffentliche Verwaltung, die auf der
950 technischen und kommunikativen Höhe der Zeit ist, wird den berechtigten Erwartun-
951 gen der Bürgerinnen und Bürger gerecht und verdient sich Vertrauen. Vertrauen ist
952 das Band, das eine Gesellschaft bei aller Diversität in sich zusammenhält und das
953 die Gesellschaft mit „ihrem“ Bezirk und „ihrer“ Stadt zusammenhält.
954 Eine moderne Metropole wie Hamburg ist darauf angewiesen, dass die Verwaltung
955 so modern und bürgerfreundlich wie möglich gestaltet wird. Es muss den Bürgern
956 möglich sein, alle Anliegen online klären und durchführen zu können. Damit werden
957 unnötige Termine in den verschiedenen Kundenzentren und Ämtern vermieden.
958 Menschen sollen ihre Zeit nicht mit Warten auf staatliche Verwaltungsakte verbringen
959 müssen. Zudem ist eine funktionierende und verlässliche digitale öffentliche Verwal-
960 tung ein Aspekt der Lebensqualität für uns Bürgerinnen und Bürger. Dabei ist wichtig,
961 dass der Bürger ein Recht auf die Leistungen hat. Deswegen muss es für diejenigen
962 weiterhin möglich sein, einen analogen Zugang zu den Leistungen zu bekommen.

963

964 **Keine Hürden für die Liebe - Zentrale Terminvergabe für die Standesämter**

965 Wir Liberale wollen Paaren die Eheschließung in den Standesämtern erleichtern,
966 denn die Vorfreude auf einen der schönsten Tage des Lebens soll nicht durch die
967 frustrierende Terminsuche getrübt werden. Auf einer gemeinsamen Internetseite auf
968 hamburg.de sollen alle Standesämter inklusive möglicher Außenstellen übersichtlich
969 aufzufinden sein und Termine zentral vergeben werden.

970

971 **Fachkräfte für Hamburg begeistern und anziehen**

972 Ein wachsendes Problem für die Wirtschaft in Hamburg und in den Bezirken ist der
973 Fachkräftemangel. Das gilt mittlerweile in fast allen Branchen und Berufen. Und es
974 betrifft alle Bezirke. Deswegen fordern wir eine Strategie der internationalen Positio-
975 nierung Hamburgs als Top-Standort für qualifizierte Fachkräfte aus aller Welt. Der
976 Hamburger Senat und die Bezirke haben es bis heute versäumt, hier aktiv zu werden
977 und Hamburg im Ausland zu bewerben und attraktiv für diese Menschen zu machen.
978 Es ist Zeit, dass Hamburg seinem Anspruch als Tor zur Welt und internationale Met-
979 ropole hier gerecht wird und auch selbst aktiv in die Welt geht, um Menschen für
980 Hamburg als Ort zum Leben und Arbeiten und zur Gründung und Ansiedlung von
981 Unternehmen zu begeistern. Wir fordern hierzu vom Senat eine klare Strategie und
982 Umsetzung und klare Zuständigkeiten, Hamburg im Ausland bekannter und attrakti-
983 ver zu machen und die Bezirke mit ihren eigenen Besonderheiten, Stärken und Profi-
984 len mit einzubeziehen.

985 Für einen national und internationale attraktiveren Standort Hamburg muss auch die
986 Kooperation von Wissenschaft und Wirtschaft, gerade bei Kleinen und Mittleren Un-
987 ternehmen, vorangebracht werden. Nur so entstehen neue und zukunftsfähige Un-
988 ternehmen und Jobs vor Ort. Wenn sich innovative Ideen aus Forschung und Entwick-
989 lung mit unternehmerischer Erfahrung und unternehmerischem Können verbinden,
990 entstehen die erfolgreichsten und nachhaltigsten Konzepte. Das kann und wird zu ei-
991 ner Gründungsoffensive für Hamburg in allen Bezirken führen. Nicht durch Subven-
992 tionen oder direkte Zuwendungen des Staates, sondern durch die richtigen Rahmen-
993 bedingungen für Menschen und Unternehmen.

994

995 **Lokalen Handel unterstützen**

996 Zum Mittelstand gehört natürlich auch der lokale Handel. In der Konkurrenz zum On-
997 line-Geschäft hat sich der Handel vor Ort bis heute in allen Phasen und Umbrüchen

998 der Digitalisierung behauptet, weil hier ständig neue Ideen und Konzepte erdacht und
999 umgesetzt werden. Der lokale Handel vor Ort in den Bezirken braucht mehr Frei-
1000 raum. Wir wollen deshalb mehr Sonntagsöffnungen möglich machen, wenn es für
1001 den Handel in den Bezirken aus Sicht der Händlerinnen und Händler sinnvoll er-
1002 scheint. Eine Hamburg Card für Handel, Gastro und Kultur ist dabei ebenso ein In-
1003 strument, den Handel vor Ort attraktiver zu machen und die Kundenfrequenz zu er-
1004 höhen, weil mehr Menschen in die urbanen Zentren in den Bezirken kommen. Eine
1005 Einrichtung kostenloser Kurzparkzonen und einer sogenannten „Brötchentaste“ zum
1006 Parken für kurze Besorgungen ist ebenfalls eine einfache Maßnahme mit großem Ef-
1007 fekt für den lokalen Handel. Es gilt außerdem, eine gute Erreichbarkeit der Handels-
1008 zentren in der Stadt und den Bezirken mit allen Verkehrsmitteln sicherzustellen. Für
1009 solche Maßnahmen zur Förderung des lokalen Handels müssen die Business Impro-
1010 vement Districts und das Citymanagement in Hamburg stärker und aktiver in die Ver-
1011 antwortung genommen werden.

1012

Tourismus und Gastronomie als internationales Aushängeschild Hamburgs

1014 Die Hamburger Behörde für Kultur und Medien muss zusammen mit den Bezirken
1015 ein Konzept zur besseren Integration und Präsentation der Hamburger Bezirke im
1016 nationalen und internationalen Tourismusmarketing Hamburgs erarbeiten. Die vielfäl-
1017 tigen Kulturaktivitäten in den Hamburger Bezirken müssen stärker auch für das Tou-
1018 rismusmarketing Hamburgs einbezogen werden. Wir wollen touristische Großveran-
1019 staltungen in unserer Stadt beibehalten und ausbauen. Nicht zuletzt auch deshalb,
1020 weil sich diese Veranstaltungen nicht allein im Hamburger Innenstadt-Zentrum ab-
1021 spielen, sondern auch verschiedene Bezirke immer mit einbeziehen. Für den Touris-
1022 mus und ebenso für das Lebensgefühl und die Lebensqualität spielt die vielfältige
1023 Gastronomie eine überragende Rolle. Wir Freie Demokraten setzen uns für mehr
1024 Freiräume, Innovation und Experimente in der Gastronomie und Außengastronomie
1025 ein. Das nützt den gastronomischen Betrieben und es erhöht Vielfalt und Abwech-
1026 slung für die Kundinnen und Kunden.

1027

Wochenmärkte sichern und weiterentwickeln

1029 Die zahlreichen Hamburger Wochenmärkte verbinden die Menschen mit ihrem Stadt-
1030 teil, bieten Gelegenheit zum sozialen Austausch und zur Identifikation. Neben der
1031 wichtigen Nahversorgung erfüllen sie auch soziale Aufgaben. Die zahlreichen Ham-
1032 burger Wochenmärkte verbinden die Menschen mit ihrem Stadtteil, bieten Gelegen-
1033 heit zum sozialen Austausch und zur Identifikation. Mit Sorge beobachten wir, dass
1034 sich alteingesessene Marktbesicker zurückziehen und Stände auf beliebten Wo-
1035 chenmärkten leer bleiben. Die Gründe dafür sind vielfältig: hohe Energiepreise, über-
1036 bordende bürokratische Anforderungen an kleine Betriebe, Nachfolgeprobleme und
1037 nicht zuletzt der Sparzwang der Verbraucher. Um den Fortbestand unserer Wochen-
1038 märkte zu sichern, fordern wir von den Bezirksämtern Konzepte, die - über Bürokratieabbau,
1039 Digitalisierung und niedrige Standgebühren hinaus - die Zukunft der Wo-
1040 chenmärkte sichern, z.B. durch Kooperation bei der Weiterentwicklung der Aufent-
1041 haltsqualität auf den Märkten, z.B. durch die Ansiedlung von Cafés, oder die Gestal-
1042 tung veränderter Zeiträume (Wochentage, Marktzeiten). Wir Freie Demokraten unter-
1043 stützen diese Form des Unternehmertums und werden uns für eine Reduzierung des
1044 Verwaltungsaufwandes und Ausnahmeregelungen für Marktbesicker bei den
1045 Nachweispflichten im Verpackungsregister (LUCID) einsetzen.

1046

1047

Reform und Modernisierung für das Bezirksverwaltungsgesetz

1048

1049

1050 In herausfordernden Zeiten braucht unser Land kreative und pragmatische Lösungen
1051 auf allen politischen Ebenen. Daher wollen wir auch unsere Bezirke bestmöglich auf
1052 die Zukunft vorbereiten. Wir erkennen die enorme Bedeutung einer bürgernahen,
1053 weitblickenden und zielgerichteten Bezirkspolitik. Wir wollen darum die Bezirke befä-
1054 higen, ihre Potentiale voll auszuschöpfen. Dazu gehört unter anderem auch eine Re-
1055 form des Bezirksverwaltungsgesetzes. Konkret fordern wir als Freie Demokraten da-
1056 bei:

- 1057 • die klare Trennung von Aufgaben und Zuständigkeiten zwischen den Bezirken
1058 und dem Senat. Dazu fordern wir eine Überarbeitung von §5 und §6 des Be-
1059 zirksverwaltungsgesetzes, um Unklarheiten zu Ungunsten der Bezirke zu be-
1060 enden.
- 1061 • eine Harmonisierung der Legislaturperioden von Bezirksversammlung und Be-
1062 zirksamtsleiter. Dieser soll durch die Bezirksversammlungen gewählt und er-
1063 nannt werden.
- 1064 • die Einführung eines parlamentarischen Rates von Fraktionsvertretern aller
1065 Bezirksversammlungen, um die Zusammenarbeit bezirksübergreifender The-
1066 men effizienter zu koordinieren.
- 1067 • die Absenkung des passiven Wahlrechts auf 16 Jahre. Das Interesse von jun-
1068 gen Menschen an den Bezirkswahlen soll durch Kampagnen in Schulen ge-
1069 steigert werden.
- 1070 • eine Einbindung der Bezirke in die Gesamtplanung, nicht nur in die Bauleitpla-
1071 nung der Bezirke, um konkrete Mitbestimmungen der Bezirkspolitik vor Ort zu
1072 ermöglichen.
- 1073 • eine Erweiterung des Freiraums der Bezirke im Haushaltsrecht. Die Bezirks-
1074 versammlungen erhalten somit mehr Spielraum bei der Aufstellung und
1075 Durchführung der bezirklichen Haushaltspläne.
- 1076 • eine auskömmliche Finanzierung bezirklicher Aufgaben und eine effiziente
1077 Kostenkontrolle der Bezirke unter der Verantwortung der Bezirksamtsleiter.
1078 Die erforderlichen Haushaltsmittel sollen direkt in den bezirklichen Einzelplä-
1079 nen veranschlagt werden.
- 1080 • eine Erhöhung der Effizienz der Bezirke in Fragen der Haushalte und Finan-
1081 zen. Hierzu gehören für uns der Abbau von bürokratischen Doppelstrukturen,
1082 Anreize für die Bezirke, eigene Einnahmen zu setzen sowie eine metropolge-
1083 rechte Reform der Grundsteuer mit zur bisherigen Grundsteuererhebung ma-
1084 ximal aufkommensneutralen Hebesätzen.
- 1085 • Gestaltungs- und Sondermittelanträge sollen zukünftig über ein einheitliches
1086 und digitales Formular gestellt werden und die Verwendung von Sondermitteln
1087 besser kontrolliert werden. Hierbei wollen wir zukünftig keine institutionellen
1088 Förderungen mehr zulassen.
- 1089 • einheitliche Bezirkswebsites mit harmonisierten Domains. Auf dieser Website
1090 sollen auch Angebote für die Bürger im Bezirk von privaten Trägern über ein
1091 Formular vorgestellt und nach Prüfung hochgeladen werden.

1092
1093

1094 **Klima und Umwelt für eine Stadt im Wandel**

1095
1096
1097
1098
1099
1100

Der Klima- und Umweltschutz ist für uns Liberale seit 1971 (Freiburger Thesen) eine Kernaufgabe – auch in unseren Bezirken. Denn vor Ort können viele wirksame Direktmaßnahmen getroffen werden und der Kontakt zum Bürger ist am engsten. In einer Stadt, die immer größer und vielfältiger wird, müssen viele verschiedene Interessen und Anliegen berücksichtigt werden. Hierbei dürfen Grünflächen und Gewässer

1101 sowie die Tiere in der Stadt nicht zu kurz kommen. Wir wollen Hamburg lebenswert
1102 halten und uns der Herausforderung des Umwelt- und Artenschutz aktiv stellen. Da-
1103 für haben wir folgende Pläne:

1104

1105 **Die grünen Lungen der Stadt atmen lassen**

1106 Bestehende Grünflächen sollen erhalten und geschützt werden. Insbesondere Wald-
1107 gebiete sollen nicht umgewidmet, sondern gestärkt werden. Wo nötig sollen die Be-
1108 zirke konkrete Schritte zur Aufforstung von Wäldern vornehmen. Projekte zur Schaf-
1109 fung „grüner Oasen“ unterstützen wir.

1110 Landschafts- und Naturschutzgebiete sollen zielgebunden erweitert und gepflegt
1111 werden. Die Bezirke sollen geeignete Gebiete dafür schnellstmöglich konkret auswei-
1112 sen.

1113 Moore sollen wo möglich renaturiert werden. Um über die Rolle der Moore in Bezug
1114 auf den Klimawandel vermehrt aufzuklären, sollen die Bezirke aktiv Informationsan-
1115 gebote schaffen, nach dem Vorbild des Wandsbeker „Moortags“.

1116 Für die städtischen Grünflächen und Pflanzareale sollen wie in Frankfurt (Main) digi-
1117 tale und automatisierte Bewässerungssysteme eingeführt werden.

1118

1119 **Zu Lande, zu Wasser – auch beim Klimaschutz**

1120 Der Schutz der Hamburger Gewässer hat für uns hohe Priorität, weshalb wir auch
1121 verkümmerte Wasserflächen renaturieren wollen.

1122 Sowohl die Fauna als auch die Tiere am Rande der Alster müssen besser geschützt
1123 werden. Dazu dient die Schaffung konkreter Schutzzonen. Wassersport soll nur an
1124 geeigneten Stellen zugelassen werden, das bereits unzulässige Ablegen der Sport-
1125 geräte in nicht dafür ausgewiesenen Uferbereichen, an Nistplätzen und zu Brutzeiten
1126 ist zu sanktionieren. Für die Nutzung von Kanus und SUP-Boards fordern wir klare
1127 Regeln und Beschilderungen. Auch im Bereich des Hamburger Hafens sollen die Be-
1128 dürfnisse des Naturschutzes soweit möglich einbezogen werden. Rückhalt und Reini-
1129 gung von Straßenabwässern, mit Schwerpunkt Rückhalt statt Ableitung gilt es bei
1130 Straßenbaumaßnahmen mit zu berücksichtigen.

1131

1132 **Flächenversiegelung – kein Atlantis 2.0**

1133 Die zunehmende Versiegelung öffentlicher Flächen kann im Stadtbereich in Kombi-
1134 nation mit sich häufenden Starkregenereignissen zu ernststen Problemen führen. Er-
1135 forderlich sind daher mehr Abfluss- und Rückhaltemöglichkeiten. Auch Hamburg soll
1136 darum durch die Erarbeitung von bezirksübergreifenden Konzepten zu einer
1137 „Schwammstadt“, im Sinne der auf dem Deutschen Baumpflegetag 2023 in Augsburg
1138 erarbeiteten Prinzipien werden, unter Konzentration auf die bereits bekannten
1139 Starkregenisikogebiete. Regensiele und Gräben sollen künftig besser gepflegt wer-
1140 den.

1141 Auch Boden-Versiegelung durch private Haushalte erzeugt bei Starkwasserereignis-
1142 sen für die Allgemeinheit Schadensregulierungskosten. Über diese Gefahren und
1143 mögliche Gegenmaßnahmen bei der Gartenanlage soll künftig die Allgemeinheit bes-
1144 ser aufgeklärt werden.

1145

1146 **Für mehr Biodiversität und Artenschutz**

1147

- 1148 • Die Bezirksämter sollen bis 2025 Konzepte zum Insektenschutz vorlegen. Zu
1149 mögliche Maßnahmen könnten beispielsweise Strategien für Standorte von In-
1150 sektenwohnungen zählen.

- 1151 • Die Bezirke sollen gleichzeitig Konzepte für den Fall eines konkreten Schäd-
1152 lingsbefalls vorbereiten, um im Ernstfall direkt, zielgerichtet und so schnell wie
1153 möglich handeln zu können.
- 1154 • Auch im Stadtbild sollen mehr Grünflächen entstehen Wir fordern daher mehr
1155 belebte städtische Grüninseln und Straßenbegleitbegrünungen. Diese sollen
1156 klimastabil sein und hohe Bindekapazitäten für CO₂ aufweisen sowie nach As-
1157 pekten von Biodiversität und Artenschutz ausgewählt werden. In den Hambur-
1158 ger Parks soll es vermehrt Obstbäume und Streuobst und Wildblumenwiesen
1159 geben.
- 1160 • Die Ausbreitung invasiver Arten in Hamburg gilt es zu beobachten und, wenn
1161 nötig, zu beschränken. Die Niederwildjagd kann hierzu einen wichtigen Beitrag
1162 leisten.
- 1163 • Die Lichtverschmutzung in den Grünbereichen der Bezirke soll reduziert wer-
1164 den. Wir fordern intelligente, naturangepasste Beleuchtungssysteme und eine
1165 unter Sicherheitsaspekten geprüfte Reduzierung dauerhafter Beleuchtungen
1166 in der Nacht. Des Weiteren soll die Beleuchtung flächendeckend auf LEDs
1167 umgestellt werden.
- 1168

1169 **Dem Müll den Kampf ansagen**

1170 Der zunehmende Müll in Grünbereichen aber auch im Innenstadtbereich schadet
1171 dem Umweltschutz enorm. Daher sollen wir verstärkt in mehrsprachigen Anti-Müll-
1172 Kampagnen auf öffentlichen Werbeflächen, in Verkehrsmitteln sowie auf bestehen-
1173 den Mülleimern auf dieses Problem hinweisen. In Parks und Grünflächen müssen
1174 Grillflächen exakt ausgewiesen und kontrolliert werden. Mit der Stadtreinigung sowie
1175 dem von uns geforderten bezirklichen Ordnungsdienst sollen Konzepte zur Erhöhung
1176 der Sauberkeit im öffentlichen Raum erstellt werden. Wochenmärkte und Gastrono-
1177 mie sollen über bestehende Mehrwegverpackungsangebote aufgeklärt werden und
1178 eine kommunale Abgabe auf Einwegverpackungen gilt es zu prüfen.

1179

1180 **Für einen Klima- und Umweltschutz mit den Bürgern**

1181 Wir fordern den Ausbau von so genannten „Lernpfaden“, die mit Tafeln und medialer
1182 Aufbereitung verschiedene Themen den Bürgern interaktiv näherbringen.

1183 Des Weiteren wollen wir das lokale, ehrenamtliche Engagement im Bereich des Um-
1184 weltschutzes stärken. Hierzu unterstützen wir die Einrichtung von stadtteilweiten „Na-
1185 turschutzteams“ oder die Aufnahme von entsprechenden Programmpunkten in die
1186 Angebote des „Ferienpasses“, um auch speziell junge Menschen mit der Thematik
1187 vertraut zu machen sowie Kinderpraktika in Grünflächenbereichen.

1188 Private wie unternehmerische Initiativen zur Schaffung und Pflege von Grünflächen,
1189 wie zum Beispiel nach dem Prinzip des *Urban Gardening* wollen wir fördern.

1190

1192 **Beste Bildung und Kultur für alle Hamburgerinnen und Hamburger**

1193

1194 In der Schulentwicklungsplanung wollen wir die Begegnung und den Austausch der
1195 Generationen fördern. Neue Schulen, Kitas und gegebenenfalls auch Uni- und Hoch-
1196 schulgebäude sollen bevorzugt in der Nähe von Einrichtungen für Senioren errichtet
1197 werden. Dies bietet die Möglichkeit, Infrastrukturen gemeinsam zu nutzen, um Res-
1198ourcen zu optimieren und Synergien zu schaffen.

1199 Hochschulen, Universitäten und anderen wissenschaftlichen Einrichtungen sollen
1200 verstärkt miteinander kooperieren, um den Schülerinnen und Schülern einen direkten
1201 Einblick in die akademische Welt zu ermöglichen und Wissenstransfer zu fördern.

1202 Schulhöfe, Bibliotheken und Veranstaltungsräume sollten für die interessierte Öffent-
1203 lichkeit zugänglich gemacht werden, um Bildung und kulturelle Aktivitäten für die ge-
1204 samte Gemeinschaft erfahrbar zu machen und den Austausch zwischen Schulen und
1205 der breiteren Gesellschaft zu stärken.

1206
1207 Deswegen setzen wir uns ein für:

- 1208 • Schulen als kulturelle Mittelpunkte: Sie bieten Raum für kulturelle Veranstal-
1209 tungen, wie Konzerte, Theateraufführungen, Kunstausstellungen und vieles
1210 mehr. Sie tragen damit zur kulturellen Bereicherung unserer Bezirke bei und
1211 stärken das Gemeinschaftsgefühl.
- 1212 • Bildung für alle: Schulen und ihre Aktivitäten stellen ein Angebot für alle dar,
1213 sich zu beteiligen und auch weiteren Kreisen Zugang zu Bildung und die Mög-
1214 lichkeit der Teilhabe an Kultur zu eröffnen.
- 1215 • Förderung lokaler Talente: Unsere Schulen sind Heimat vieler talentierter
1216 Schülerinnen und Schüler mit kreativem Potenzial. Die Schulen sollen ihnen
1217 ermöglichen, sich künstlerisch auszudrücken. So können wir das kulturelle
1218 Erbe unserer Bezirke bereichern und gleichzeitig junge Menschen ermutigen,
1219 ihre Fähigkeiten zu entfalten.
- 1220 • Stärkung der Gemeinschaft: Schulen sind natürliche Treffpunkte für Eltern,
1221 Lehrer, Schüler und die gesamte Gemeinschaft. Die Förderung von Schulver-
1222 anstaltungen und kulturellen Aktivitäten stärkt das Gemeinschaftsgefühl und
1223 fördert den Austausch zwischen den Mitgliedern unserer Gemeinde.

1224
1225 **Kultureinrichtungen in den Stadtteilen und Quartieren stärken.**

1226 Kultur verbindet und ist zugleich freier Ausdruck des Menschen in einer auch von vie-
1227 len Sachzwängen bestimmten Lebenswelt. Ein gewachsenes und durch Bildung er-
1228 worbenes Kulturverständnis gehört zu den Grundlagen einer liberalen Bürgergesell-
1229 schaft. Um das Interesse für Kunst und Kultur zu stärken, muss Kultur dort zuhause
1230 sein, wo die Menschen zuhause sind, in den Bezirken und Stadtteilen. Kunst und Ge-
1231 schichte fördern den sozialen Zusammenhalt, weil sie Identifikation schaffen. Dazu
1232 gehören Kulturzentren für Jugendliche und Familien, Geschichtswerkstätten, aber
1233 auch freie Gruppen und Initiativen, die zur kulturellen Teilhabe einladen.

1234
1235 **Staatliche Museen öffnen**

1236 Wir fordern einen Verzicht auf Eintrittsgelder in allen staatlichen Museen wie in Groß-
1237 britannien. Staatliche Kultur soll allen zugänglich sein, offene Kunst und Geschichts-
1238 ausstellungen fördern eine offene Gesellschaft. Sie verändern das Nutzungsverhal-
1239 ten und rücken diese Kulturorte in die Mitte des täglichen Lebens.

1240 Kulturelle Allgemeingüter sollen erhalten bleiben und für jedermann frei zugänglich
1241 sein. Dazu zählen Orte wie z. B. die Plaza der Elbphilharmonie.

1242
1243 **Stadtteilkultur**

1244 Für Stadtteilkulturzentren, Bürgerhäuser und Jugendkulturzentren, halten wir einen
1245 Schlüssel von einer Einrichtung pro 50.000 Einwohner für sinnvoll. Auch eine aus-
1246 kömmliche Finanzierung muss gewährleistet werden, um eine Querfinanzierung aus
1247 den bezirklichen Fördermitteln zu vermeiden. Alle Einrichtungen der staatlich geför-
1248 derten Stadtteilkultur sollen barrierefrei erreichbar sein.

1249
1250 **Kulturmetropole Hamburg**

1251 Die Musik- und Theaterszene, Festivals, Open Air Theater und Kino machen Ham-
1252 burg zu einer Kulturmetropole, sie tragen zentral zur Lebensqualität bei und sind ein

1253 wichtiger Wirtschaftsfaktor. Kulturelle Akteure brauchen Unterstützung und Ermuti-
1254 gung. Bei der Durchführung von Stadtentwicklungsmaßnahmen in bestehenden
1255 Quartieren sind die Bedürfnisse der Musik-, Theater- und Kunstszene zu berücksich-
1256 tigen und in die Planung einzubeziehen. Möglichkeiten für Festivals, Open Air Thea-
1257 ter und Kino, Skulpturenparcs oder Musikhaltestellen sollen immer mitgedacht wer-
1258 den.

1259

1260 **Erinnerungskultur**

1261 Wir Freien Demokraten setzen uns für eine lebendige Erinnerungskultur ein, dazu
1262 gehört vor allem auch eine kritische Auseinandersetzung mit unserer Stadtge-
1263 schichte in der Zeit des Nationalsozialismus.

1264 Wir bekennen uns zum jüdischen Leben in Hamburg, das diese Stadt seit Jahrhun-
1265 derten geprägt hat. Dem wachsenden Antisemitismus stellen wir uns auf allen Ebe-
1266 nen entgegen und unterstützen eine sichtbare Rückkehr des jüdischen Lebens in un-
1267 sere Viertel.

1268 Wir wollen unsere Bezirke weltoffen und begreifen alle Kulturen als Bereicherung,
1269 solange sich keine Konflikte mit unserer rechtsstaatlichen Ordnung ergeben. Eine
1270 Begegnung der Kulturen soll in interkulturellen Projekten und durch den Austausch
1271 mit unseren Partnerstädten gefördert werden.

1272

1273

1274 **Begründung:**

1275

1276 Erfolgt mündlich.